

Danziger Zeitung.

No 9754.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Abonnements per Juni auf die Danziger Zeitung nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition Kettnerhagergasse.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Pest, 26. Mai. Das Subcomité der ungarischen Delegation für das Heerwesen hat heute das Kriegsbudget erledigt. Bei Verathung des Ordinariums wurde von Bahrmann bei 5 verschiedenen Titeln des Etats ein Pauschalabstrich von zusammen 2 Millionen beantragt, der durch frühere Entlassung der intelligenteren Mannschaften und durch spätere Einberufung der Rekruten erzielt werden soll. Der Antrag wurde nach lebhafter Discussion mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Auch beim Extraordinarium wurden Abstriche vorgenommen; der Gesamtbetrag derselben stellt sich auf 1 743 925 Fl.

Paris, 26. Mai. Die Bank von Frankreich hat den Discont auf 3 Proc. herabgesetzt. — Der frühere Finanzminister Villiers ist zum französischen Commissar bei der ägyptischen Amortisationskasse ernannt worden.

Konstantinopel, 26. Mai. Von Seiten der Regierung wird in Folge in Mostar eingezogener Erfundungen in Abrede gestellt, daß daselbst eine Bedrohung oder Verletzung des deutschen Consuls vorgekommen sei. Die hierauf bezüglichen Zeitungsnachrichten entbehren demgemäß der Begründung.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 26. Mai.

Vom Finanzminister ist ein Gesetzentwurf, betr. die Veranlagung und Erhebung der directen Staatssteuern nach dem Etatsjahre, und von dem Abg. Windthorst (Neppe) ein Antrag, betreffend die gesetzliche Regelung der Unterfuchungsbefugnisse im Hause eingebracht worden. — Ohne Debatte wird in dritter Lesung der von den Abgg. Cramer und Gellert beantragte Gesetzentwurf, betreffend die Mobiliar-Feuerversicherung in dem früheren Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen, angenommen.

Dritte Verathung des Gesetzentwurfes, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogen-Gemeinden.

Abg. Berger bittet die Regierung, bei Gelegenheit der Emanation dieses Gesetzes unsere Gesetzbücher und mehr noch die Ministerialverordnungsblätter einer gründlichen Revision zu unterziehen, ob nicht in denselben Verordnungen bezüglich der Juden vorhanden sind, welche einer vergangenen Zeit angehören und für heute durchaus nicht mehr passen. Veranlassung hierzu giebt mir eine neulich erlassene Verfügung der Regierung in Köln, die in der „Kreuzzeitung“ abgedruckt wurde. Es werden darin die jüdischen der evangelischen Kirchen und ebenso der jüdischen Bethäuser amtlich aufgeführt, eine Kirchencollekte für die Studirenden der Theologie an der Bonner Hochschule abzuhalten und die gesammelten Beiträge an die Regierung zur Uebermittlung abzuliefern. Ich kann eine derartige Verfügung, die sich jedenfalls auf längst veraltete Rechtsmittel stützt, nur für höchst unangehörig erklären. — Geh. Rath Weinert kann im Namen des Cultusministers über diese Sache im Augenblick eine Erklärung nicht abgeben, da er darüber nicht näher informiert ist. Der Cultusminister wird indes jeden falls von dieser Anregung Kenntnis nehmen, um event. eine Abstellung des gerügten Uebelstandes herbeizuführen.

Abg. v. Sybel: Dieses Gesetz kann keine andere Folge haben, als eine Störung aller Reformbestrebungen innerhalb der jüdischen Gemeinde. Denn die Gemeinde, durch die völlige Freigabe des Austritts der Dissidenten ökonomisch in ihrer Existenz bedroht, wird sich wohl hüten, durch irgend welche Reformbestrebungen eine Spaltung hervorzurufen. Die Dissidenten, welche dieses Gesetz herbeiführen, sind meist ultraorthodoxe, die von Aenderungen der Reformen nichts wissen wollen. Diese Dissidenten, sagte uns der Abg. Lasker, fühlen sich in ihrem Gewissen empört, daß sie überhaupt noch in Gemeinschaft mit solchen Personen leben sollen, die eine solche Entweihung des Heiligtums herbeiführt haben, wie die Dissidenten in der Einführung jener Reformen beabsichtigen. Auch der Abg. Röderath hat dieser Auffassung zugestimmt mit der Bemerkung, daß allerdings ein Gewissenszwang vorhanden sei, wenn jemand genöthigt werde, Geld zu zahlen für einen von ihm verhorrescirten Gottesdienst. Nun, hier scheint mir gerade die Stelle zu sein, wo die Schlechtigkeit der von den Dissidenten vertretenen Sache auf das Grellste hervortritt. Was ist das für eine Gesinnung, welche ganz unüberholbar erklärt: weil in dem Cultus irgend welche Aenderungen vorgenommen worden, weil in der Form des Gottesdienstes irgend eine Modification eingeführt worden ist, deshalb sind die Urheber der Veränderung so abscheuliche und gottverlassene Subjecte, daß ich mich ihnen gegenüber verhalten muß, wie in alten Zeiten sich die rechtgläubigen Katholiken gegen einen mit dem Bann belegten Ketzer verhalten haben. Er soll geächtet sein; es soll jede Form der Verbindung mit ihm zerrissen werden. Soll es nun wirklich der gesetzgeberischen Gewalt des preussischen Staates zukommen, derartige Gesinnungen durch ein förmliches Gesetz zu sanctioniren? Ich verstehe es sehr gut, daß bei solchen Gesinnungen der jüdischen Dissidenten der Abg. Röderath dieselben so wader vertheidigt hat; er findet ja nur bei dieser Gesinnung der Dissidenten die eigene vollkommen wieder. Ihm ist Alles antipathisch, was auf irgend einem Kirchengebiete mit dem für ihn so verhassten Worte Reform zusammenhängt. Der biesige Gemeinderath führt in einer statistischen Zusammenstellung 830 preussische Inbengemeinden auf, welche 48 Lehrinstitute und 790 Wohlthätigkeitsanstalten unterhalten. Scheint Ihnen das so etwas Leichtes, diese 1300 Institute verschwinden zu lassen, wie es notwendig geschehen wird, wenn dies Gesetz die Leistungsfähigkeit der Synagogengemeinden in Frage stellt? Ich kann nur nochmals vor der Annahme dieses Gesetzes warnen.

Abg. Bismarck-Platow: Der Vorredner verwechselt die Begriffe der idealen kirchlichen Gemeinschaft und der juristischen, organisirten kirchlichen Corporation. Die letztere besteht in dem Sinne, wie bei der evangelischen Kirche, im Judentum gar nicht, da hier nur eine Reihe von einander völlig unabhängiger Gemeinden existirt. Für diese kann das Gesetz nur als die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses und als eine Wohlthat begrüßt werden.

Abg. Lasker: Der Abg. v. Sybel hat sehr schwere Angriffe gegen eine Anzahl von Petenten gerichtet, die er persönlich nicht kennt; er bezeichnet dieselben als schlechte Menschen, als fanatische Zeloten, als solche, die nicht das Interesse des Hauses verdienen. Ob Petenten, die im Namen ihres Gewissens von Ihnen die religiöse Freiheit verlangen, in dieser beschimpfenden Weise behandelt zu werden verdienen, das stelle ich dem Urtheil des Hauses anheim. (Sehr gut!) Es ist in Wahrheit nicht richtig, wenn der Abg. v. Sybel sagt, daß nur die Orthodoxen dieses Gesetz erstreben, obwohl die Orthodoxen ebenso wie die Reformen mir berechtigt zu sein scheinen, vom Hause Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse zu fordern. Ich bin in dieser Frage ganz unparteiisch. Jeder, der mich kennt, weiß, daß ich zur Partei der Orthodoxen nicht gehöre und mich über jeden Fortschritt, wie im staatlichen so auch im religiösen Leben, freue, aber niemals lasse ich meine persönlichen Wünsche und Ansichten für das maßgebend sein, was die Gesetzgebung zu gewähren hat. Die Gesetzgebung wäre partiisch, welche die Zuertheilung der Rechte deshalb nicht zulassen will, weil Orthodoxe sie anstreben und man nach der „historischen“ Auffassung des Hrn. v. Sybel die Bestrebungen der Reformen begünstigen müsse. Der Sachverhalt ist in Wirklichkeit der: In einzelnen Theilen der Monarchie herrscht die liberale, in anderen die orthodoxe Richtung. Nun ist es natürlich, daß da, wo die Orthodoxen herrschen, wie z. B. in Hannover, die Liberalen nach diesem Gesetze rufen und da, wo die Liberalen herrschen, wie z. B. in Berlin und am Rhein und in vielen Theilen des alten Preussens, die Orthodoxen das Gesetz erstreben. Das heißt aber nur: die herrschende Partei ist für Aufrechterhaltung der Zwangsauferlegung und die beherrschte Partei ist für Freigabe. Wenn der Abg. v. Sybel ferner befragt gewesen ist, daß die Wohlthätigkeitsanstalten und Schulanstalten bei den Juden zu Grunde geben würden, so ist er wiederum im Irrthum. Diese Wohlthätigkeitsanstalten sind meistens entweder durch liegenden Besitz oder durch Capitalvermögen gesichert und gehören zum größten Theile besonders berechtigten Corporationen. Was aber die Schulen anbelangt, so wird — wenn durch das Gesetz bewirkt wird, daß die jüdischen Schüler nicht mehr von dem allgemeinen Elementarunterricht ausgenommen werden — das sowohl für die Juden, wie für die Gemeinden eine Wohlthat sein.

Der Gesetzentwurf wird hierauf nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert vom Hause angenommen.

Zweite Verathung des Entwurfs einer Städte-Ordnung.

Im § 1 wird bestimmt: „Die gegenwärtige Städte-Ordnung kommt zur Anwendung: 1) in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Polen, Schlesien und Sachsen: a) in denjenigen Gemeinden, in denen zur Zeit die Städteordnung vom 30. Mai 1853 gilt, mit Einschluß der im § 1 Absatz 2 dieser Städteordnung erwähnten Ortschaften (Flecken); b) in allen Städten in Neuborromern und Rügen; 2) in der Provinz Westfalen in denjenigen Gemeinden, in denen zur Zeit die Städteordnung vom 19. März 1856 gilt; 3) im Regierungsbezirk Wiesbaden in den Gemeinden Frankfurt a. M., Wiesbaden, Bommberg v. d. Höhe, Biebrich, Mosbach, Ems, Bornheim; 4) in der Rheinprovinz in denjenigen Gemeinden, in denen zur Zeit die Städteordnung vom 15. Mai 1856 gilt. Landgemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern wird auf ihren Antrag die Städteordnung durch den Minister des Innern verliehen.“ Hierzu beantragt Abg. Schrader, sub 3 das Wort „Bornheim“ zu streichen und Abg. Kalle hinter dem Worte: „Bornheim“ einzufügen: „und Limburg“.

Abg. Röderath: Als uns die Einbringung einer neuen Städteordnung angekündigt wurde, herrschte bei allen die Voraussetzung, daß es sich hier um eine Städteordnung für alle Provinzen und um ein großes Maß kommunaler Unabhängigkeit handelte. Als man aber den Inhalt der Vorlage näher kannte, da dankten Hannover und Hessen für dieses Geschenk, und das letzte lieber die antiquirten Bestimmungen des Ministers Jassenpflug behalten, als mit den erleuchteten Ideen der jetzigen preussischen Regierung beglückt zu werden. Das haben sämtliche Abgeordnete aus Hessen mit Ausnahme zweier Landräthe ausgesprochen. Mir wäre am willkommensten eine Städteordnung gewesen, welche etwa zwei Dutzend allgemeiner Normativbestimmungen enthalten hätte und es sonst den Städten überließe, nach eigener Fassung selb zu werden. Wenn man aber einmal die Details bestimmt, dann sollte man sie auf die gesamte Monarchie ausdehnen, denn ich bin überzeugt, daß die Deputirten aus Hannover und Hessen viel eifriger und sorgfältiger sich an der Verathung der einzelnen Bestimmungen betheiligen würden, wenn dieselben nicht nur auf einzelne ihnen ferner liegende Provinzen, sondern auch auf sie selbst Geltung haben würden.

Abg. Schrader begrüßt es mit Freuden, daß der Geltungsbereich der Städteordnung auf Frankfurt a. M. ausgedehnt worden ist, kann aber nur unter der Bedingung für diesen Commissionsbeschluss stimmen, wenn entweder das Haus das Princip des allgemeinen gleichen Wahlrechts überhaupt anerkennt oder den § 42a der Commissionsbeschlüsse genehmigt, welcher denjenigen Städten, in denen das allgemeine gleiche Wahlrecht bereits eingeführt ist, dasselbe beläßt.

Der Minister des Innern erklärt, daß die Regierung nur unter der umgekehrten Voraussetzung, daß der § 42a abgelehnt und das Dreiklassenwahlrecht auch für Frankfurt a. M. konstituit werde, der Ausdehnung des Geltungsbereichs der Vorlage auf die genannte Stadt zustimmen könne.

Abg. Lasker wünscht die Abstimmung darüber, ob die Städteordnung auch für Frankfurt a. M. Geltung haben soll, bis zur Entscheidung des Prinzips des § 42a auszuheben, da diese Entscheidung für viele Abgeordnete die Basis ihrer Abstimmung über den Geltungsbereich sein würde.

Abg. Miquel meint, daß die betreffenden Abgeordneten in dritter Lesung Gelegenheit hätten, nach der Entscheidung des Hauses über § 42a zu § 1 definitiv Stellung zu nehmen. Gleicher Ansicht sind Abg. Jung und der Präsident v. Bennigsen.

Abg. Donalies ersucht die Regierung um eine Interpretation der Bestimmung über die Landgemeinden, namentlich darüber, ob der Ausdruck: „wird verliehen“ als obligatorisch oder facultativ zu verstehen sei. — Geh. Rath Wohlers erklärt, daß nach Ansicht der Regierung das Alinea eine obligatorische Bestimmung enthalte.

Der § 1 wird darauf mit den Anträgen Schrader und Kalle angenommen; ebenso ohne Discussion die §§ 2-4.

Die Commission beantragt einen neuen § 4a: „Ein Gemeindebeschluss im Sinne dieses Gesetzes ist: in Stadtgemeinden mit collegialischem Vorstand, ein von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmend gefasster Beschluss, in Stadtgemeinden, in denen der Bürgermeister allein den Gemeindevorstand bildet, jeder Beschluss der Stadtverordnetenversammlung.“ Abg. Schenk schlägt folgende Fassung vor: „Ein Gemeindebeschluss im Sinne dieses Gesetzes ist jeder Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, welcher nicht vom Bürgermeister oder vom Magistrat beanstandet worden ist, weil er die Befugnisse der Stadtverordnetenversammlung überschreitet oder die bestehenden Gesetze verletzt.“ — Der Antrag Schenk wird vom Abg. Röderath empfohlen, der ein Veto dem Bürgermeister einzuräumen für nöthig hält, während Ref. Sack und Abg. Miquel gegen denselben sprechen, weil seine Annahme gleichbedeutend mit der Ablehnung der gesamten Grundlage dieser Städteordnung sei. Abg. Jelle erinnert daran, daß der vorgeschlagene § 4a gar nicht beabsichtige, die gegenseitigen Kompetenzen der beiden städtischen Collegien festzustellen. Da § 5 einen Gemeindebeschluss erwähne, so sei es formell nöthig geworden, im § 4a eine authentische Definition eines Gemeindebeschlusses zu geben. — Der Antrag Schenk wird hierauf abgelehnt und § 4a angenommen; ebenso die §§ 5 bis 13.

Da dasselbe in denjenigen Städten, in denen nach den Commissionsbeschlüssen das gleiche Wahlrecht fortbestehen bleibt, nach § 42a durch Ortsstatut an einen Minimal-Klassensteuersatz von 12 M. gebunden werden kann, so beschließt das Haus, vorher über das Prinzip zu entscheiden, ob obligatorisches Dreiklassenwahlrecht oder allgemeines gleiches Wahlrecht einzuführen sei. Es werden deshalb zunächst die §§ 26 und 42a zur Debatte gestellt.

§ 26 lautet in der Regierungsvorlage: „Zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten werden die Wahlberechtigten nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Klassen- und classisirten Einkommensteuer in drei Klassen getheilt. Die Wahlberechtigten werden zu dem Ende von ihrem im Stadtbezirk gewonnenen Einkommen besonders eingeschätzt; die von diesem Einkommen zu entrichtende Klassen- und Einkommensteuer bleibt in denjenigen Stadtgemeinden, in welcher die gedachten Wahlberechtigten ihren Wohnsitz haben, außer Berechnung. Die erste, beziehungsweise die zweite Klasse besteht aus denjenigen Wahlberechtigten, auf welche bis zum Belaufe eines Drittels beziehungsweise zweier Drittel der Gesamteinkommen der höchsten Einkommensteuersätze fallen. Die dritte Klasse bilden die übrigen Wahlberechtigten. In die erste beziehungsweise zweite Klasse gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in die erste, beziehungsweise zweite Klasse fällt. Unter mehreren, einen gleichen Steuerbetrag Entrichtenden entscheidet die alphabetische Namensordnung und erforderlichen Falles das Loos darüber, wer von ihnen zu der höheren Klasse zu rechnen ist. Niemand kann gleichzeitig mehr als einer Klasse angehören. Die Ehrenbürger gehören der ersten Klasse an. Jede Klasse wählt ein Drittel der Stadtverordneten, ohne dabei an die Mitglieder der Klasse gebunden zu sein. Ist die Zahl der zu Wählenden nicht durch drei theilbar, so sind die ferneren ein oder zwei Stadtverordneten abwechselnd von der ersten, zweiten, dritten, ersten u. s. w. Klasse zu wählen.“

Die Commission beantragt folgende Fassung: „Zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten werden die Gemeindeglieder nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Klassen- und classisirten Einkommensteuer in drei Klassen getheilt, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen des § 42a. Die erste beziehungsweise die zweite Klasse besteht aus denjenigen Gemeindegliedern, auf welche bis zum Belaufe eines Drittels beziehungsweise zweier Drittel der Gesamteinkommen der höchsten Einkommensteuersätze fallen. Die dritte Klasse bilden die übrigen Gemeindeglieder. In die erste beziehungsweise zweite Klasse gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in die erste, beziehungsweise zweite Klasse fällt. Unter mehreren, einen gleichen Steuerbetrag Entrichtenden entscheidet die alphabetische Namensordnung und erforderlichen Falles das Loos darüber, wer von ihnen zu der höheren Klasse zu rechnen ist. Die Wahlberechtigten werden von ihrem im Stadtbezirk gewonnenen Einkommen besonders abgeschätzt und denjenigen erforderlichen Falles durch das Loos zu bestimmenden Klassen zugewiesen, welcher der hiernach ermittelte Steuerbetrag entspricht. Das gedachte Einkommen, beziehungsweise die von demselben zu entrichtende Klassen- und Einkommensteuer bleibt in der Wohnortsgemeinde außer Berechnung. Niemand kann gleichzeitig mehr als einer Klasse angehören. Die Ehrenbürger gehören der ersten Klasse an. Jede Klasse wählt ein Drittel der Stadtverordneten, ohne dabei an die Mitglieder der Klasse gebunden zu sein.“

Zu § 26 beantragen: 1) Abg. Röderath principalliter folgende Fassung: „Bei der Wahl der Stadtverordneten haben alle Gemeindeglieder gleiches Wahlrecht.“ 2) Gent. im M. 1 statt der Worte „Klassensteuer und classisirten Einkommensteuer“ zu setzen „directen Staatssteuern.“ 3) Abg. Birchow: event. zu Abg. 2 hinzuzufügen: „die erste Klasse muß mindestens ein Zwölftel, die zweite mindestens zwei Zwölftel der Wahlberechtigten erfassen.“ 4) Abg. Miquel: Im Abs. 2, in der achten Zeile statt: „in die erste, beziehungsweise zweite Klasse fällt“ zu sagen: „in das erste, beziehungsweise zweite Drittel der Gesamteinkommen fällt.“ 5) Abg. Wagner (Br. Stargardt): In § 26 statt der Worte „Klassen- und classisirten Einkommensteuer“ zu setzen „directen

Staatssteuern, jedoch mit Ausschluß der Gewerbesteuer vom Hausirgewerbe.“ 6) Abg. Ostendorf eine neue Fassung des Paragraphen, wonach die erste Klasse mindestens die dreifache Zahl der von ihr zu wählenden Stadtverordneten, die zweite Klasse mindestens die fünffache Zahl an Gemeindegliedern umfassen soll; ferner in all den Fällen, wo bei der vorzunehmenden Eintheilung die Grenze zwischen zwei Klassen in eine Steuerstufe hineinfällt, sämtliche Gemeindeglieder, welche der betreffenden Steuerstufe angehören, der höheren Klasse zuzurechnen sind.

§ 42a lautet: Der § 26 und die sonstigen, auf die Klasseneintheilung der Wahlberechtigten bezüglichen Vorschriften dieses Gesetzes bleiben in denjenigen Stadtgemeinden außer Anwendung, in denen zur Zeit eine Eintheilung der Wahlberechtigten nach Klassen oder Berufsständen nicht stattfindet. In solchen Stadtgemeinden kann der im § 14 bestimmte Klassensteuersatz durch Ortsstatut bis auf 12 M. erhöht werden.

Hierzu beantragen: 1) Abg. Birchow, den Paragraphen zu streichen. 2) Abg. Röderath: eventuell hinter den Worten: „Statut findet“ einzufügen „oder das gleiche Wahlrecht durch Ortsstatut aufgehoben wird.“ 3) Abg. Kreh, den zweiten Satz dahin zu fassen: „In solchen Stadtgemeinden behält es bezüglich des für den Erwerb des Bürgerrechts erforderlichen Einkommens bei den zur Zeit geltenden Vorschriften sein Bestehen. Durch Ortsstatut kann an Stelle dieser Vorschriften ein Klassensteuersatz bis zum Betrage von zwölf Mark festgesetzt werden.“

Abg. Kreh: Nach dem von der Commission vorgeschlagenen § 42a sollen diejenigen Städte, welche das allgemeine Wahlrecht haben, dasselbe behalten. Nachdem die Ausdehnung der Vorlage auf Hannover und Hessen nicht beliebt ist, kommen nur die Städte Frankfurt a. M., Straßburg und Greifswald in Betracht. Ein Jeder wird zugeben, daß es kein normaler Zustand ist, in einer so großen Organisation drei kleine Enclaven zu schaffen. Historisch sieht es sehr, daß in jenen Städten das allgemeine Wahlrecht an einen höheren Census gebunden war, in Frankfurt an ein Einkommen von 700 Gulden, in Straßburg von 300, in Greifswald von 250 Thlern. Diese Censur wollte die Commission aufrecht erhalten, nach der jetzigen Fassung aber tritt, falls man sich nicht über ein Ortsstatut und über die Höhe des erforderlichen Census einigt, der niedrigste Steuersatz überhaupt an die Stelle. Einem solchen möglichen Mißstände soll mein Amendement, welches ich Ihnen empfehle, vorbeugen.

Abg. Miquel: Die Anträge Birchow und Röderath, welche bezwecken, daß ohne Rücksicht auf einen Census jedes stinerzahlende Mitglied der Gemeinde gleich stimmberechtigt sein soll, entsprechen nirgends den tatsächlichen Verhältnissen, welche überall den Census zur Grundlage haben. Ich bin persönlich nicht für allgemeine gleiche geheime Wahl in kommunalen Angelegenheiten, da ich nicht glaube, daß man von den Zuständen des Reichs auf die der Communen schließen darf. In den Communen handelt es sich lediglich um rein wirtschaftliche Fragen, während beim Reiche große politische Fragen zum Austrag kommen. Unsere gesammten neueren Verwaltungsorgane und namentlich die Kreisordnung beruhen auf den Grundlagen des Census. Ich halte die Frage, ob allgemeines Wahlrecht oder Dreiklassenwahlrecht vorzuziehen sei, noch nicht zur definitiven Lösung für reif.

Abg. Schlüter: Gerade umgekehrt wie dem Abg. Miquel scheint es mir vollkommen an der Zeit, bei einer neuen Organisation der Städteverwaltung zu allererst den Grundlag zu prüfen, auf welches Wahlrecht diese Städteverfassung gegründet werden soll. Abg. Miquel sagt: es ist jetzt nicht die Zeit zur theoretischen Lösung dieser Frage, dabei übersteht er, daß die Frage auch eine eminent praktische Bedeutung hat und von Tag zu Tag brennender wird. Er tritt sich auch, wenn er meint, nach unserem Vorschlage (Birchow) sollten die Stimmenden gar keinen Census haben; § 14 sagt ausdrücklich, daß, wer ein Stimmrecht habe, auch Steuern zahlen soll. Ich will Sie nicht zurückführen auf die denkwürdigen Worte, mit denen unser Ministerpräsident im Jahre 1867 oder 1868 das Dreiklassenwahlrecht nicht nur für staatliche, sondern auch für communale Verhältnisse verurtheilt. Es ist eine Ungleichmäßigkeit, wenn Sie die Leute, die dieselbe Steuer zahlen, in zwei verschiedene Abtheilungen scheiden, es ist eine Ungleichmäßigkeit, daß derselbe Mann, der heute mit seinem Steuerfusse in der ersten Abtheilung steht, morgen oder über ein Jahr in die zweite Abtheilung geworfen wird, weil mittlerweile ein Paar reiche Leute in die Stadt gezogen sind. Sie spielen dadurch das Verhältnis der einzelnen Bürger zu einander ganz willkürlich hin und her. In Königsbitten ist die ganze erste Abtheilung gebildet von einem fiscalischen, die ganze zweite von einem Privatwerke und in der dritten Abtheilung wählen sämtliche Bürger. Was wollen Sie sagen zu dem Industriekönig Krupp in Essen, der der Herr der ganzen Verwaltung in Essen wird, wenn ihm nur noch einige Steuern mehr auferlegt werden. Nun ist auf das Dreiklassenwahlrecht als auf unser altes befehlendes Städterecht hingewiesen worden; das ist es aber keineswegs, was schon von Stein 1808 eingeführt worden ist, das freie, allgemeine und gleiche Wahlrecht, und das Dreiklassenwahlrecht ist aus Frankreich importirt worden. Der einzige Grund für die Einführung desselben ist die Furcht vor den Socialdemokraten und Ultramontanen. Hat denn aber nicht Schleswig-Holstein mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts seit 1869 gute Früchte erzielt? Und was die Ultramontanen anlangt, so habe ich in dem Magistrat einer kleinen sächsischen Stadt und in dem Provinzial-Ausschuß die Tüchtigkeit dieser Mitglieder in kommunalen Dingen kennen gelernt. Lassen Sie uns festhalten an dem einfachen Prinzip des gleichen und freien Wahlrechts, und ich bin überzeugt, Sie werden Bürgerinn und freierwillige Entwicklung der Städte und kommunalen Einrichtungen weit mehr fördern, als wenn Sie das exclusive Dreiklassenwahlrecht beibehalten (Beifall.)

Abg. Kiesecke: Es ist richtig, daß mit dem Dreiklassenwahlrecht Uebelstände verbunden sind. Diese sind aber nicht der Art, daß man es darum aufgeben müßte; es liegt in der Natur der Sache, daß die Unbestimmtheit ein weit geringeres Interesse und Verhältniß für die städtischen Angelegenheiten haben. Die Mehrzahl der Städte hat sich für die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems entschieden ausgesprochen. Hierzu kommt, daß die Frage des Wahlrechts definitiv

erst entschieden werden wird, wenn es sich um die Ausdehnung der Städteordnung auf die gesamte Monarchie handelt. Vorläufig ist der Wahlmodus nicht von so fundamentaler Bedeutung für die Städteordnung, daß wir ihn jetzt eiligst entscheiden müßten.

Abg. H. d. e. r. a. t. h. Unser Antrag will das gleiche Wahlrecht nicht für Alle, aber für alle Bürger. Insofern halten wir es für zulässig, daß das Wahlrecht an einen gewissen Censur gebunden wird. Sie fürchten sich vor den Socialdemokraten und Ultramontanen? Haben Sie gehört, daß die letzteren schlechter Bürger gewesen sind, als andere? Die Nationalliberalen haben keinen Grund, sich davor zu fürchten, daß einige ultramontane Bürger mit der städtischen Vermögensverwaltung betraut werden; bekanntlich sind auch schon nationalliberale Rassenverwalter durchgegangen. (Heiterkeit).

Abg. Windthorst (Meppen): Bis jetzt scheint mir die Regierung noch kein besonderes Gewicht auf die Frage des Wahlrechts zu legen. Sie hat sich noch nicht einmal über den von der Commission angenommenen § 42a erklärt, und es ist doch eine ganz außerordentliche Art, Gesetze zu beraten, wenn die Regierung uns nicht mit ihren Ideen befruchtet. (Weiterkeit.) Für mich ist es höchst bezeichnend, daß ein eifriger Vertreter des Dreiklassenwahlrechts, der sich dafür erklärt habe, es nur sehr verständig gethan hat. Ich konstatire, wir wollen das allgemeine Stimmrecht absolut nur für alle Gemeinbürger, d. h. die, die für die Gemeinde zahlen. Die Gerechtigkeit fordert, daß wir den, der zahlt, auch wählen lassen. In der alten Städteordnung war dies der Fall und in Hannover so fest begründet, daß ich nicht glaube, daß Jemand, der unter jenen Verhältnissen gelebt hat, je dagegen sprechen wird. Hr. Miquel vertraut auch darauf, daß die vorliegende Städteordnung ja nicht in Hannover und Schleswig-Holstein eingeführt werde. Das ist aber gerade die Politik der Regierung; sie weiß sehr genau, daß sehr erhebliche Bestimmungen, die für die östlichen Provinzen passen, für die westlichen Provinzen nicht passen würden, darum führt sie dieses Gesetz nicht nur partiell ein, um es in Zukunft auch auf die übrigen Theile auszuweiten. Das allgemeine Stimmrecht ist bereits für den Reichstag eingeführt, und wenn da kein Censur besteht, so wird dieser erst durch die allgemeine Wehrpflicht und den Einfluß der ganzen Persönlichkeit und des Blutes. Ich weiß nicht, wie man sich mit dem Dreiklassenwahlrecht befreunden kann. Daß auf dem Städtetage die Bürgermeister dafür stimmten, macht auf mich gar keinen Eindruck.

Minister Graf zu Eulenburg: Das allgemeine gleiche Stimmrecht in der Commune ist ein bisher in Deutschland ganz unerprobtes Experiment, und es wird sich eine neuwerthe Zahl von Mitgliedern dieses Hauses wohl kaum für dasselbe erklären. Anders aber steht es mit dem directen Wahlrecht, welches in einem Theile der preussischen Provinzen besteht. Bei der Vertheilung desselben hebt man immer zu wenig hervor, daß dasselbe da, wo es jetzt besteht, nur von Leuten ausgeht, die gewisse Bedingungen erfüllt haben müssen, ehe sie ihre directe Stimme geben dürfen, daß also z. B. in Hannover nur der als Bürger Rezipiente an der Communalwahl theilhaftig ist, während hier immer ganz allgemein von den Einwohnern gesprochen ist. (Widerpruch und Lärm.) Nach der Stein'schen Städteordnung wurde allerdings direct gewählt. Aber wer konnte damals wählen? Der Hausbesitzer oder der Bürger mit einem gewissen Einkommen; und wenn man damals 200 Thlr. Einkommen hatte, so war es so viel wie heute mindestens 500 Thlr. Ich will nun keineswegs das Klassenwahlrecht als ein Institut bezeichnen, das über jede Einwendung erhaben sei; aber ich bleibe dabei, es ist für die communalen Wahlen als das relativ Beste anzusehen, und zwar aus dem Grunde, weil an den Wahlen für Communen nur derjenige Theil nehmen kann, der zu ihren Lasten beiträgt. Aber das allein ist nicht der durchschlagende Maßstab, in welchem Maße Jemand an den Wahlen Theil nehmen soll. Der Bürger hat noch eine andere Verpflichtung, als Steuern zu zahlen; er hat die Pflicht, mit seiner Zeit, seinem Können, seinem Wissen einzutreten. Wenn Sie ein System finden, wonach Sie solchen Leuten ein Uebergewicht bei den Wahlen sichern, so glaube ich, stehen wir auf einem festen Boden. Aber das müssen Sie doch zugeben, daß in der Dreiklassenwahl mehr von der Mehrheit dieses Grundbates repräsentiert wird, als da, wo Jeder, der communale oder Staatssteuern zahlt, mit gleichem Gewichte seine Stimme abgibt. Nun hat sich die Situation so eigenthümlich gestaltet, weil in denjenigen Provinzen, wo die Städteordnung jetzt noch nicht maßgebend sein soll, über die Richtigkeit des Klassenwahlrechts andere Ansichten herrschen. Die Folge davon ist, daß die Abgeordneten aus Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen das System nicht pure anerkennen wollen, denn dann, glauben sie, bekommen sie es auch. Die Pflicht der Regierung, dieses System auch auf alle anderen Landestheile auszudehnen, steht noch gar nicht fest; das wird vielmehr Sache der Erwägung sein in dem Augenblick, wo eine Umarbeitung der Städteordnung auch für jene Provinzen notwendig sein wird. Wenn Sie das Klassenwahlrecht für ganze Landestheile als das richtige anerkennen, so müssen Sie das im Gesetz auch offen aussprechen und dürfen nicht Hintertüren offen lassen, die einzelnen Städten gestatten, diesem System zu entschlüpfen. Das jegige Wahlrecht wirkt in Frankfurt durchaus nachtheilig; das ist meine Erfahrung, unterstützt durch einen großen Theil von intelligenten, wohlwollenden und an der Communalverwaltung mitarbeitenden Leuten in Frankfurt, die nur im Augenblick überdriessen sind.

Abg. Miquel: Wenn der Abg. Windthorst die Befürchtung hegt, daß das Dreiklassenwahlrecht später auch in Hannover eingeführt werden würde, so trifft dieselbe durchaus nicht zu, weil durch § 42a bestimmt wird, daß die Vorschriften, welche das Dreiklassenwahlrecht betreffen, auf diejenigen Stadtgemeinden keine Anwendung finden, in denen zur Zeit eine Eintheilung der Wahlberechtigten nach Klassen stattfindet. Wenn das Dreiklassenwahlrecht nicht eingeführt wäre und sich praktisch erprobt hätte, so würde man es heute wohl kaum einführen; aber es steht doch fest, daß von keiner Seite nachgewiesen ist, die allgemeinen Interessen würden durch jenen Wahlmodus beeinträchtigt.

Abg. Birchow: Wenn der Abg. Miquel behauptet, daß das Dreiklassenwahlrecht historische Tradition sei, so ist dies eben ein Irrthum; es ist dasselbe nur durch eine Reihe von Revolutionen durchgeführt worden, und wir befinden uns mit demselben auf communalem Gebiet seit einer langen Reihe von Jahren mitten in dem Fahrwasser des Experimentirens, eine Erscheinung, die sich auch theilweise in der Politik unseres leitenden Staatsmannes zeigt. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, mit der Annahme des Prinzips wieder in einen richtigen Weg einzulenken. Der Minister bezieht sich in seiner Rede vor Allem auf Frankfurt; aber diese Stadt kann doch allein bei der Wahl des Prinzips nicht maßgebend sein, besonders wenn man die heterogenen Verhältnisse Frankfurts berücksichtigt. Jedenfalls werden dieselben durch das Dreiklassenwahlrecht nicht im mindesten gebessert. Nun kommt man uns allerdings mit der Furcht vor der Socialdemokratie; aber auch der Socialdemokrat, wenn er zum wirklichen communalen Leben herangezogen wird, verwandelt sich in einen Bürger, der neben dem anderen Bürger bestehen kann. Wenn man an das Reale kommt, so bewirkt die Arbeit und Last des communalen Lebens, daß sich die Elemente ausgleichen, und es wird dann oft in der Praxis eine tüchtige Kraft erworben, die man

theoretisch verworfen hätte. In dem Maße, als Sie Gerechtigkeit üben und das Prinzip realisiren, so werden Sie damit die formwährenden Agitationen beseitigen, während Sie durch das Dreiklassenwahlrecht das doch wahrhaftig nicht erreichen werden. Heute ist der Tag, wo Sie über diese Sache entscheiden können; lassen Sie die Sache heute gehen, so werden Sie auch später auf den einmal betretenen Boden verhandeln müssen, wie wir dies ja seiner Zeit bei der Kreisordnung gesehen haben. Daher möchte ich Sie dringend bitten, geben Sie jetzt so weit, als Sie glauben, daß eine gerechte und den sonstigen Verhältnissen entsprechende Gesetzgebung geben kann und geben Sie unserem prinzipiellen Antrag Ihre Zustimmung (Berlin).

Berichterstatter Haken: Das Dreiklassenwahlrecht beruht auf dem einfachen Prinzip der Leistungen und Gegenleistungen. Es ist dies altdeutsches Recht und gleichbedeutend mit dem Satz: Wer mit raten will, muß auch mit thaten. Der Abg. Birchow hat allerdings heute das allgemeine gleiche Wahlrecht vertheidigt. Diese Ansicht steht aber im Laufe völlig vereinzelt da. (Widerpruch links.) Die Stadt Berlin hat einen Censur von 12 A. vorgeschlagen. In einer Broschüre aus Pommern wird nachgewiesen, zu welchen ungeheuerlichen Abnormitäten dieser Censur von 12 A. führt. Es werden dadurch nicht weniger als 72 Proc. der steuerpflichtigen Wähler vom Wahlrecht ausgeschlossen. In Berlin sind thatsächlich 360,000 Steuerpflichtige, (Abg. Richter (Hagen): mit den Frauengymnasia. (Große Heiterkeit.) aber nur 120,000 Wähler. Ich frage Sie, ist das liberal, wenn man zwei Drittel sämtlicher Steuerpflichtigen vom Wahlrecht ausschließt? Sämtliche Städtetage mit Ausnahme von Posen haben sich für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen. Die Commission ist der Meinung, daß wir der Bevölkerung nicht gewaltthätig Weise ein Wahlrecht aufdrängen dürfen, welches sie zurückweist.

Abg. Wagner (Pr. Stargard): hält die Bestimmung des § 26. nach welcher die Bildung der Abtheilungen nach Maßgabe der von den Gemeinbürgern zu entrichtenden Klassen und classificirten Einkommensteuer zu erfolgen habe, weder für eine gerechte noch für eine sachliche; für nicht gerecht um deshalb, weil dadurch der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der Grundbesitzer, überhaupt die übergroße Anzahl der Bürger in Bezug auf die Communalabgaben privilegierten Ständen (Beamten, Geistlichen und Elementarlehrern) gegenüber wesentlich in ihrem Wahlrecht beeinträchtigt wurden und seiner Meinung nach der einzig richtige Maßstab für die Gemeinewahlen nur die Communalsteuer sein könne und dürfe; für nicht sachlich, weil nach der Vorlage ja nur ein Theil der Staatssteuern Berücksichtigung finden soll, indem der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, dieser bedeutungsvollen Steuern, gar nicht gedacht wäre, während dieses nicht allein bisher der Fall war, sondern auch für die Vertheilung der Kreis- und Provinzialabgaben auf ausbreitlicher Vorchrift der Kreis- und Provinzialordnung beruhe. Er sei fest davon überzeugt, daß die Annahme des Communal- und Regierungsverhältnisses in der Städteordnung tief beklagt werden würde. Wollte man nun nicht die Communalsteuer zu Grunde legen und der Einfachheit wegen auch die Kreis-, Bezirks- und Provinzialabgaben außer Ansatz lassen, dann möge man wenigstens nach sämtlichen directen Staatssteuern die Bildung der Abtheilungen bewirken lassen, als dann wenigstens ein theilweiser Ausgleich herbeigeführt werden würde.

Abg. Lasker: Wir alle haben den Widerspruch der Anschauungen über das Dreiklassenwahlrecht, der sich in den Äußerungen des Ministerpräsidenten v. Bismarck und des Ministers des Innern kundgab. Während der erstere es unbedingt verwarf, erklärte der letztere es für ein relativ gutes und ganz besseres geordnetes für communalen Wahlen. Ich stimme der letzteren Ansicht durchaus zu; aber wir haben dann vor allem die Pflicht, dieses System von den Ansprüchen und Lächerlichkeiten zu befreien, die ihm anhaften und die von keiner Seite bestritten werden. Ich kann daher dem § 6 in der Fassung der Commissionsvorlage nur zustimmen mit einer Modification, die diese Aufgabe erfüllt, und eine solche Aenderung scheint mir der Antrag Birchow zu enthalten, wonach die erste Klasse mindestens ein Zwölftel, die zweite ein Sechstel der gesammten Wähler umfassen muß. Diese Bestimmung ist außer der bairischen Städteordnung entnommen, und sie hat sich dort vorzüglich bewährt. Sollte der Antrag Birchow zu meinem Bedauern abgelehnt werden, so würde ich eventuell noch für den Antrag Ostendorf stimmen können, der das Birchow'sche Recept in sehr abgeschwächter Form, gleichsam in homöopathischer Dosis enthält.

Hierauf werden bei der Abstimmung über § 26 zunächst die Anträge Wagner (Stargard) und Ostendorf abgelehnt, sodann die Anträge Birchow und Miquel und mit dieser Modification der § 26 der Commissionsvorlage angenommen. Sodann wird zu § 42a der Antrag Räderath (gleiches Wahlrecht für alle Inhaber des Wahlrechts) in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 120 Stimmen abgelehnt. (Abg. v. Gerlach enthält sich der Abstimmung, für den Antrag stimmen die Fortschrittspartei mit wenigen Ausnahmen, wie Petri, Mühlent, das Centrum, die Polen und einzelne Nationalliberale, wie Kallenbach, Bertog, Wisselind, Walffsheim u. A.) Endlich wird § 54a in unveränderter Fassung der Commissionsvorlage angenommen. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Danzig, 27. Mai.

Die gestrige sechsstündige Sitzung des Abgeordnetenhauses war in ihrem größten Theile der zweiten Beratung der Städteordnung gewidmet; es wurde aber nur ein verhältnismäßig kleiner Theil derselben bewältigt. Eine kurze, jedoch wichtige Discussion rief der § 4a. hervor. Die Ultramontanen brachten einen Gegenantrag dazu ein, welcher durch eine andere Definition dessen, was ein Gemeindefeld ist, das Verhältnis zwischen Magistrat und Stadtverordneten total verändern sollte. Der Abgeordnete Miquel trat dem auch dem Antrag mit der einfachen Bemerkung entgegen, daß derselben eine Umgestaltung der gesammten Grundlage der Städteordnung fordere; der Antrag wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt. Ehe man an die Beratung der von den Erfordernissen des Bürgerrechts handelnden Bestimmungen der Vorlage heranging, wurde die Entscheidung über die Frage des Wahlrechts für nöthig gehalten und deshalb die §§ 26 und 42a. vorweggenommen. Der Kampf zwischen den Vertretern des gleichen Wahlrechts und des Dreiklassenwahlrechts bildete nun den Schwerpunkt der ganzen Sitzung. Viel Neues konnte freilich in einer so vielfach discutirten Frage nicht herbeigeführt werden. Interessant war höchstens das Hereinziehen der Socialdemokratie. Der ultramontane Räderath vertheidigte diese und versuchte den verhassten Nationalliberalen dabei einen Hieb zu versetzen; er meinte, er habe wohl schon von nationalliberalen Leuten gehört, die mit einer Rasse durchgebrannt seien, noch nie aber von socialdemokratischen. Der Vertreter des Centrums in wirtschaftlichen Fragen scheint sich noch nicht mit der Lectüre socialistischer Blätter beschäftigt zu

haben, sonst hätte er schon manchen Steckbrief gefunden, welchen die Parteimitglieder der einzelnen Ortschaften gegen ihre durchgebrannten Kollegen erlassen. Freilich socialdemokratische Bankdirectoren à la Langrand-Dumonceau sind noch nicht durchgebrannt, das liegt aber weniger an den Socialdemokraten, als an denen, welche die Bankdirectoren wählen. — Wie vorauszu sehen war, behielt das Dreiklassenwahlrecht den Sieg, jedoch mit einer vom Abg. Birchow beantragten und vom Abg. Lasker empfohlenen Modification, nach welcher die erste Klasse mindestens $\frac{1}{12}$, die zweite mindestens $\frac{1}{2}$ der Wahlberechtigten umfassen muß.

Es steht nun fest, daß das Abgeordnetenhaus Competenzgesetz und Städteordnung, die beiden schwierigsten Gesetze der Session, bis zu den Pfingstferien in allen Lesungen durchberathen wird. Das Competenzgesetz wird heute schon in dritter Berathung abgeschlossen und sofort dem Herrenhause übersendet werden. Die Dauer der Discussion über die Städteordnung läßt sich noch nicht genau übersehen; doch es wird die Berathung, nöthigenfalls mit Zuhilfenahme von Abend-sitzungen, so gefördert werden, daß auch dieses Gesetz am Donnerstag an das andere Haus gelangt. Ob beide Gesetze noch in dieser Session zu Stande kommen, hängt, abgesehen von der Verständigung über den Inhalt, von der Art und Weise der Verhandlung ab, welche ihnen das Herrenhaus angedeihen läßt. Die betreffenden Commissionen des Abgeordnetenhauses haben ihre Arbeiten nebst stets fortlaufenden, äußerst dringenden Tagesarbeiten, nach langen, ermüdenden Plenarsitzungen bewältigen müssen; den betreffenden Commissionen des Herrenhauses stehen für ihre Arbeiten die vollen Tage zur Verfügung, und solche Sitzungen sind erfahrungsgemäß fast von dreifachem Arbeitswerth. Freilich muß auch der gute Wille dabei sein.

Die Justizcommission des Reichstages ist gestern Abend in die zweite Lesung der Strafprozeßordnung eingetreten. In seinen Details scheint unter den Justizgelehrten bis jetzt dieses Gesetz die schwierigste Aufgabe zu bieten, während was die grundsätzliche Bedeutung anlangt, weitaus hervorragende Fragen beim Gerichtsverfassungsgesetz zu lösen waren. Die zur Strafprozeßordnung eingebrachten Anträge zeigen für jetzt noch zahlreiche und zum Theil sehr bedeutende Differenzpunkte, aber dies schneidet die Hoffnung noch nicht ab, daß auch hier die Verhandlung in zweiter Lesung bald den zur Verständigung hinneigenden Sinn herausstellen wird, wie dies beim Gerichtsverfassungsgesetz der Fall gewesen ist.

Die Agrarier haben soeben eine Kraftprobe im schlesischen Wahlkreise Hirschberg-Schönau bei der Ergänzungswahl zum Reichstage gemacht. Sie haben dort mit Anspannung aller ihrer Mittel auch mit Lug und Trug gearbeitet, sie haben den liberalen Candidaten, den Nationalliberalen Georg v. Bunsen, fälschlicher Weise als Gründer der Brandmarkt, ihn mit Roth beworfen, der Wahlkreis wurde mit aus der Niendorfschen Druckerei in Berlin hervorgegangenen Wahlzetteln übersät; es half Alles nichts, Herr v. Bunsen hat doch eine bedeutende Majorität erhalten; und er hat nicht nur die Mehrheit in den Städten, sondern er hat sie auch auf dem Lande in fast allen Wahlbezirken. Der agrarische Gegenkandidat war der im Kreis angelegene Herr v. Küster auf Lomnitz, und nur in dessen Wohnort Lomnitz selbst hat R. 141, Dr. v. Bunsen 54 Stimmen, sonst überwiegen die Stimmen des Letzteren. Das betreffende Mandat war erledigt durch den Tod des Prof. Tellkamp und so gleich nach dessen Tode begannen die Manöver. Auf einmal begann Niendorf in seinen Blatte den Verstorbenen zu loben, Tellkamp sagte er, habe zwar äußerlich zu den Nationalliberalen gehalten, innerlich sei er aber ein ganz anderer, ein ganz vortrefflicher Mann gewesen, er habe den nationalliberalen Schwindel schon durchschaut und sich von ihm abwenden wollen, er habe Niendorf gegenüber manchmal sein Herz ausgeschüttet. Nun war dies Alles einfach erfunden; Tellkamp hatte seine Stellung zu den Agrariern noch wenige Tage vor seinem Tode scharf markirt, indem er gleichzeitig mit dem Fürsten zu Hohenlohe Langenburg, Griepentke u. s. w. aus dem Auschuß des Congresses deutscher Landwirthe austrat.

Die Agrarier geben sich auch sonst große Mühe, die Einleitungen zu den nächsten Wahlen zu treffen. Wir theilten mit, daß sie in Breslau aus Anlaß der schlesischen Schaffbau eine Agitationsversammlung ausgeschrieben, die aber in Sande verlief. Die „Landbesitzg.“ druckte triumphirend den Bericht der „Schl. Ztg.“ ab, aber nicht vollständig, sondern nur, was ihr in den Krampfe. Sie ließ u. A. weg, daß von den etwa 150 Anwesenden $\frac{1}{2}$ während der Rede Perrotts der Saal verließ, der Rest, als zur Unterzeichnung des Programms der Wirtschaftsreformer aufgefordert wurde. Zu heute Abend 6 Uhr ist eine gleichartige Agitationsversammlung in Stettin ausgeschrieben, eingeladen sind dazu „die Freunde einer den realen Verhältnissen entsprechenden Wirtschaftsreform aus Pommern, Preußen, Posen, der Mark und Mecklenburg.“ Niendorf druckt mit Triumphphänen Artikel über die Agrarier ab, den der „Staatsanzeiger“ bringt und weist darauf hin, wie verschieden der Ton vor dem der liberalen Blätter ist. Das amtliche Organ bespricht eben diese Erscheinung, ohne sich ein Urtheil zu gestatten, und die anderen Blätter müssen dies zustimmend oder verurtheilend abgeben. Wenn die „Danz. Ztg.“ in dem Organ der „Wirtschaftsreformer“ vor Kurzem noch als ein „Semitenblatt“ bezeichnet wurde, das in Zukunft auf die Kreise der Danziger Semiten eingeschränkt werden würde, und wenn sie in der heutigen Nummer desselben Blattes „ein nicht unwichtiges und durchaus nicht ungeeignetes geleitetes Provinzialblatt“ genannt wird, so werden wir unser Urtheil weder durch jenen Tadel noch durch dies Lob beeinflussen lassen. Wenn der „Staatsanzeiger“ sagt, die Presse, namentlich die liberalen, habe anfänglich die Bewegung der Agrarier unterschätzt, so trifft uns dies am wenigsten. Wir haben die Bewegung eingehend besprochen Jahre vorher, ehe sie sonst in der liberalen Presse beachtet wurde. Wir glauben aber, daß heute die agrarische Bewegung vielfach überschätzt wird, daß sie überhaupt heute schon so ziemlich alle Elemente vereinigt hat, welche sich um die neue Fahne sammeln können.

Deutschland.

△ Berlin, 26. Mai. Die vielfach beklagte Vertagung der dritten Lesung des Competenzgesetzes hat wenigstens den einen Vortheil gehabt, daß im Laufe des heutigen Tages bezüglich der noch einzubringenden Verbesserungsanträge Verständigungen theils unter den Antragstellern, theils zwischen diesen und der Regierung stattgefunden haben, so daß die für morgen anstehende dritte Lesung sich ohne großen Zeitverlust wird ermöglichen lassen. Darüber scheint allseitiges Einverständnis bereits vorhanden, daß das Competenzgesetz in dieser Session noch zu Stande kommt. Für die Städteordnung ist das mindestens zweifelhaft. — Im Großen und Ganzen wird sich das Abgeordnetenhaus dem vom Herrenhause beschlossenen Aenderungen des General-Synodalgesetzes fügen. Der einzig bestehende bleibende Differenzpunkt wird sich auf event. Steuererhöhungen in Berlin beziehen. Hier will das Abgeordnetenhaus eine solche von einem Landesgesetz, das Herrenhaus dagegen von einer Verfügung der Minister für Finanzen, des Cultus und des Innern abhängig machen. Darin wird das Abgeordnetenhaus nicht nachgeben, doch hofft man auf eine Verständigung.

Das Competenzgesetz hat für Städte von 8000—25 000 Einwohnern zur Verwaltung Allgemeiner Landesangelegenheiten „Stadtausschüsse“ geschaffen und bestimmt in § 10, der Vorsitzende oder ein Mitglied des Stadtausschusses, muß die Befähigung zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienste besitzen. In der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. Mai c. hat der Abg. für den Wahlkreis Elbing-Marienburg, Herr Wisselind, Streichung dieser Bestimmung beantragt. In dem Parlamentsbericht ist an seiner Stelle irrtümlich der Abg. Stengel genannt; dieser hat aber, wie uns gemeldet wird, weder den Antrag gestellt, noch zur Sache gesprochen. Jene Bestimmung erscheint in der That als eine unzulässige Beschränkung der Selbstverwaltung der kleineren Städte. In der Sitzung hat der Abg. Wisselind ausgeführt: Viele Städte von 8000—25 000 Einwohnern werden von sehr tüchtigen Bürgermeistern verwaltet, die nicht Gerichts- oder Regierungsassessoren gewesen sind und welche zu allgemeiner Zufriedenheit die den Bürgermeistern anvertrauten staatlichen Functionen versehen hätten. Man möge die Städte indirect, an Stelle dieser Männer nach Ablauf der Wahlperiode Personen zu wählen, die die Befähigung zum Richterdienste oder höheren Verwaltungsdienste besitzen, weil sich im Voraus nicht feststellen lasse, ob jederzeit ein anderes Mitglied des Magistrats vorhanden sein werde, welches die geforderte Qualität besitze. Die Städte werden dadurch auch gezwungen werden, höhere Gehälter für ihre Bürgermeister auszuwerfen. Außerdem sei kein Grund vorhanden, die Städte schlechter zu stellen, als die Kreise, denn nach dem gegenwärtig in der Berathung befindlichen Gesetze über die Vorbereitung zum höheren Verwaltungsdienste sollen zu Landräthen Personen in Vorschlag gebracht werden können, welche nur das erste juristische Examen abgelegt haben.

Wir berichteten nach der „Montagszeitung“, daß ein Gesuch an den Cultusminister, die Verbindung Fröbelscher Kindergärten mit den Volksschulen zuzulassen, abgelehnt worden sei. Diese Nachricht war, wie die „Voss. Ztg.“ zu erklären ermächtigt ist, irrig. In dem Bescheide des Cultusministers vom 31. März c. auf eine ihm am 6. desselben Monats überreichte Denkschrift des deutschen Fröbelerverbandes heißt es wörtlich: „Entscheidung werden die betreffenden Regierungen ihre Zustimmung nicht verweigern, wenn Gemeinden, in welchen für die Volksschulen ausreichend gesorgt ist, einen Kindergarten als unterste Stufe an die Volksschulen anschließen oder mit den höheren Mädchenschulen Veranstellungen zur Ausbildung von Kindergärtnerinnen verbinden wollen.“

Für den Congreß deutscher Landwirthe sind Dec.-Rath Schuke-Heinsdorf als Vorsitzender des Ausschusses, Ober-Appellationsrath a. D. v. Lenthe-Lenthe als sein Stellvertreter, Dr. Perrot-Dresden (früher Nostod) als General-Secretär gewählt worden. Der Letztere übernimmt die Geschäfte vom bisherigen General-Secretär Dec.-Rath Hausburg am 1. Juli. Die Rasse des Congresses wird auf Ersuchen des Vorstandes vorläufig noch und bis zum 1. Juli von Dec.-Rath Nostod verwaltet und geht dann auf Stadgerichtsrath Wilmanns über.

Im Anschlusse an das Verbot, in Volksschulen Flugschriften u. s. w. zu vertheilen zu lassen, ist nun auch ein anderes, hierher gehöriges Verbot ergangen, wonach Schulkinder zur Vertheilung und Verbreitung von Flug- und anderen Blättern nicht verwandt werden dürfen. Dabei wird darauf hingewiesen, wie es ein durch mehrfache Erkenntnis des Gerichtshofes zur Entscheidung von Kompetenzconflicten festgestellter Grundsatz sei, daß die Schulkinder nicht nur innerhalb der Schule der Schuldisciplin unterworfen, letztere vielmehr auch in geeigneten Fällen außerhalb des Schulbereichs geltend zu machen ist. Welche spezielle darauf abzielende Maßnahmen in den einzelnen Fällen zu treffen sind, soll im Allgemeinen nicht bestimmt, dies vielmehr als von den besonderen Umständen und örtlichen Verhältnissen abhängig bezeichnet werden. Das Verbot richtet sich hauptsächlich gegen die Verbreitung „staatsfeindlicher“ Schriften und gegen Vorformnisse in der Rheinprovinz und anderen katholischen Landestheilen, wo ultramontane Flugblätter durch Schüler der Volksschulen umhergetragen und verbreitet werden. Deshalb wird auch eine zweckmäßige Einwirkung der Landräthe und Kreis-Schul-Inspectoren persönlich und durch ihre Organe vorausgesetzt, deren pflichtmäßigem Ermessen der vorliegenden Umstände es gelingen werde, den gerügten Uebelständen Abhilfe zu schaffen und zu sichern.

Für die (Westfalen.) Der „Dm. Z.“ wird geschrieben: Das Stadtverordneten-Collegium hat beschlossen, der katholischen Schulgemeinde den zur Verbreitung der Schulbedürfnisse erforderlichen Zuschuß aus Communalmitteln, welcher sich pro 1876 auf 22 500 Mk. beläuft, zu entziehen, falls sich der katholische Schulvorstand nicht für Einführung von Simultanschulen erklärt. Da hier sämtliche Schulbedürfnisse auf den Communaletat übernommen sind, so würde also im Weigerungsfalle die katholische Schulgemeinde nicht nur ihre eigenen Schulbedürfnisse allein zu

bestreiten haben, sondern sie würde auch nach wie vor die volle Communalfsteuer entrichten müssen und demnach die Schulunterhaltungskosten für die evangelische Gemeinde mit tragen helfen.

Bremen, 25. Mai. Das Unternehmen einer ganz auf Freiwilligkeit beruhenden kirchlichen Vertretung ist fast überraschend dadurch gekrönt worden, daß auch die orthodoxe Neustädter Pauli-Gemeinde ihren Sonderstandpunkt aufgegeben und sich wiederum angeschlossen hat. Die drei dortigen Pastoren sind also schließlich in ihrem eigenen Convent kläglich unterlegen. Vorher hatten sie noch versucht, der Stephani-Gemeinde ihren verständigeren Prediger abspenstig zu machen; dieses Unterfangen fällt nun mit doppelter Wucht auf sie selbst zurück. Inzwischen haben auch die liberalen Gemeinden ihren Beschluß gefaßt und zwar sammt und sonders einstimmig zu Gunsten des Vertretungs-Statuts. Im Herbst wird voraussichtlich die so geschaffene städtische Kirchenvertretung zum ersten Mal zusammenkommen. Das veraltete und auf die Dauer unhaltbare Episcopatrecht des Senats wird damit allmählich wohl ganz außer Übung kommen; geruht hat es bisher schon beinahe ganz.

Oesterreich-Ungarn.
Prag, 24. Mai. Die Geistlichkeit verweigerte bei der Leichenfeier des durch Selbstmord geendeten Advocaten Dr. Emminger die Assistenzen. Cardinal Schwarzenberg hatte das betreffende Verbot erlassen. Der Bruder des Verstorbenen nahm Aubienz beim Cardinal, fiel vor dem Kirchenfürsten auf die Knie, doch dieser blieb fest und sagte, daß die Selbstmorde zu sehr überhand nehmen und daß ein Exempel statuirt werden müsse. Die Kirche dürfe nicht schonen, da die Moralität auf dem Aussterbe-Etat sei. In Folge dieses Vorgehens verzögerte sich das Leichenbegängnis. Tausende warteten vor dem pathologischen Institut, und es bemächtigte sich der Menge eine große Erregung, bis endlich ein Geistlicher in Civilkleidung, dem Verbote des Cardinals trogend, die Einsegnung vornahm.

Frankreich.
Paris, 25. Mai. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Ernennung von vier Präfecten sowie von einer großen Zahl von Unterpräfekten, Generalsecretären und Präfecturräthen. Diese Veränderungen haben die Republikaner aber nur wenig befriedigt, da im Ganzen kaum 40 Absetzungen erfolgt sind. Sogar der gemäßigste „Temps“ erkennt die Nothwendigkeit neuer Veränderungen an, der Minister des Innern de Marcère ist aber entschlossen, in Zukunft nur in einzelnen Fällen Modificationen eintreten zu lassen. — Der Prinz Jerome Napoleon hat heute in der Deputirtenkammer seinen Sitz neben den Bonapartisten genommen. — Der Kriegsminister de Cissy hat im Ministerrath erklärt, daß er seine Entlassung nehmen würde, falls man an das Institut der Einjährig-Freiwilligen tastete.

Stalien.
Rom, 25. Mai. Die Commission zur Vorberatung der Baseler Convention hat Puccini zum Berichterstatter ernannt mit dem Auftrage, dieselbe abzulehnen. Gutem Vernehmen nach hatte der Conferenzpräsident eine Vertagung der Berathung beantragt, da neue Verhandlungen mit dem Baron v. Rothschild vorbereitet würden. — Wie mehrere Journale melden, hat sich Correnti in Begleitung des Administrators der oberitalienischen Bahnen, Vignani, des Cabinetsechefs im Ministerium des Auswärtigen, Malvano, und des Beamten im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Biglia, nach Paris begeben, um mit dem Bankhause Rothschild über eine Modification der Baseler Convention zu verhandeln. Der „Opinione“ zufolge würde sich Correnti sodann auch nach Wien begeben und wäre von der italienischen Regierung beauftragt, dort über einen Zusatz zu dem Vertrage betreffend die Baseler Convention zu verhandeln, dessen Grundlagen bereits festgestellt seien. (W. Z.)

— 26. Mai. Weiteren Mittheilungen zufolge stimmten in der gestern Abend stattgehabten Sitzung der mit Vorberatung der Baseler Convention beauftragten Commission der Deputirtenkammer 6 Mitglieder gegen die Vorlage. Ein Mitglied stimmte für deren Annahme. Crispi, der Führer der parlamentarischen Majorität, enthielt sich der Abstimmung. Dem erwähnten Berichterstatter Puccini wurde zur Vorlegung seines Berichts eine 14tägige Frist gesetzt. (W. Z.)

Dänemark.
Kopenhagen, 26. Mai. In dem Befinden des Königs von Griechenland ist nach dem heutigen Bulletin gute Besserung eingetreten.

Rußland.
Petersburg, 24. Mai. Vor etwa einem Jahre wurde der Magistrat in Hapsal, einer kleinen Stadt in Esthland, in Unlagezustand versetzt; man beschuldigte ihn, gegen mehrere eines Diebstahls verdächtige Individuen mittelalterliche Torturstrafen in Anwendung gebracht haben. Die Untersuchungscommission hat die Schuld der Magistratsmitglieder constatirt; dieselben werden sicherlich dem Arme der Gerechtigkeit nicht entgehen. Unsere Presse benutzt den hapsaler Fall, um darzuthun, daß die baltischen Gerichtsinstitutionen einer radicalen Reform bedürfen, und die Ersetzung derselben durch das russische Gerichtswesen dringend nöthig sei. Wie bekannt, wird die letztere Maßnahme nicht lange auf sich warten lassen. — Für die bevorstehenden Gerichtsverhandlungen gegen Stroussberg und Consorten sind bereits 30 Geschworene und 6 Ersatzgeschworene gewählt. Es ist hervorzuheben, daß mehr als 1/2 der Geschworenen dem Bauern- und Handwerkerstande angehören. (R. S. Z.)

Danzig, 27. Mai.
* Wegen Fortsetzung der Arbeiten zum Anschluß des Reserverohrs an das Hauptrohr wird die Wasserleitung Montag den 29. Mai von 12 Uhr Mittags bis voraussichtlich um Mitternacht für die ganze Stadt abgesperrt sein.
* Sr. Maj. Kriegsschiff „Elisabeth“ (gebedeckte Corvette) hat sich gestern von der hiesigen Kaiserl. Werft nach dem Hafen von Neufahrwasser begeben und ist von hier aus heute früh 3 Uhr nach Kiel in See gegangen.
* Wir erinnern noch einmal daran, daß die 1/2- und 1-Silbergroschen, 2-Reugroschen- und 2 1/2-Silbergroschen-Stücke am 1. Juni aufhören gesetzliches Zahlungsmittel zu sein. Dieselben wer-

den bis zum 31. Mai bei den Reg.-Hauptkassen, Kreisassen, Forstassen und Zollämtern in Reichsmünze umgewechselt.

* Der Stadt- und Kreisrichter Kauffmann hier selbst ist zum Stadt- und Kreisgerichtsrath ernannt worden.

* Bei dem Ableben des Professors Dr. Albrecht erinnert die „Voss. Ztg.“ daran, daß derselbe den Anlaß zu der im Reichswissenschaften Ministerium gemachten berichtigten Erwähnung des „beschränkten Unterhans-Verstands“ gegeben hat. Da Albrecht ein geborener Elbinger war, so hatten dortige Bürger, unter Leitung Jacobs van Niesen, demselben und seinen Kollegen eine Adresse überreicht, was den damals (1837) in Völgewalt wirkenden Minister „des Innern und der Polizei“ zu einem Rescripte veranlaßte, worin er unumwunden ansprach, daß der Maßstab des beschränkten Unterhansverstandes nicht an Handlungen von Regenten gelegt werden dürfe. Wenn übrigens später verbreitet wurde, daß Mathis, damals Director der Polizei-Abtheilung und zuletzt Präsident des evangelischen Oberkirchenraths (und als solcher unmittelbarer Vorgänger des gegenwärtigen Präsidenten Dr. Hermann), Conciptent jenes famosen Schreibens an die Elbinger gewesen, so ist das nicht richtig, doch ist der eigentliche Verfasser, obgleich aus Seuffardt, der spätere Generalconsul, genannt worden, nie mit Bestimmtheit ermittelt worden. — Albrecht ist übrigens nicht der „Lezte der Göttinger Sieben“, wie wir irrthümlich in der heutigen Morgennummer angegeben haben, sondern der „Vorlezte“. Als „Lezte“ lebt und docirt noch der Pfarrer Wilhelm Weber in Göttingen.

(Musikalisches.) Ueber das schwedische Künstler-Certifikat, welches am nächsten Dienstage im Schützenhausconcerten wird, liegen außerordentlich anerkennende Berichte aus Stettin, Colberg, Schwerin, Göttingen u. s. v. vor. Die Herren sollen den Quartettgesang mit seltener Meisterschaft ausüben. „Die Reinheit und Ausbildung der einzelnen Stimmen, der harmonischer Zusammenklang und sein abgewogenes Verhältnis, der Gesangs- und die Wärme des Vortrags“ übertrafen jede Erwartung und bereiten den Hörern einen vollkommenen Genuß, zu dem die Wahl der Gesänge, eigenheimlicher, reizender nordischer Volkslieder oder Kompositionen berühmter schwedischer Tonichter, denen sich auch deutsche Landsleute, ein Reifiger, Abt, Kilden angeschlossen, das Ohr beiträgt. Die Zuhörer (in Schwerin) spendeten, hingerissen von so köstlichen Leistungen, ihren wärmsten Beifall, der nach dem Wellmann'schen Komischen Lachende nicht enden wollte und die Sänger zu einer Wiederholung desselben veranlaßte. Die schwedischen Sänger scheinen somit ein künstlerisches Seitenstück zu den Damen-Quartetten zu bilden, die in ganz Deutschland, auch zu wiederholten Malen am hiesigen Orte, die beifälligste Aufnahme gefunden haben.

** [Polizeibericht.] Der Schuhmachergeselle N. hat dem Schuhmacher B. ein Paar Stiefel mit Gummizügen unterschlagen. — Der Arbeiter W. wurde arretirt, weil er eine braune Damentasche zum Verkauf angeboten, über deren Erwerb er sich nicht hat ausweisen können. Schließlich hat er eingeräumt, die Tasche beim Betteln gestohlen zu haben, will jedoch das Haus und die Straße nicht kennen. Der unbekannte Eigentümer wolle sich mit seinen Ansprüchen im Criminal-Bureau, Langgasse 4 Thor, melden. — Gefunden: in der Ziegenstraße ein Saal mit Pferdebesten. — Heute früh geriethen die Lagerhölzer in der Fabrik auf der Schmiedegasse 3 in Brand. Das Feuer wurde in kurzer Zeit von der Feuerwehr gelöscht.

Dirschau, 25. Mai. Der R. Kreis-Baumeister Henderichs hieselbst wurde von der R. Regierung zu Danzig beauftragt, schnelligst einen Anschlag über die bei Dirschau über die Weichsel zu erbauende Schiffbrücke anzufertigen. Der betreffende Kostenanschlag ist bereits angefertigt und der R. Regierung zu Danzig zur Begutachtung eingeleitet. Der ganze Bau ist auf 1200 000 M. veranschlagt. Die erforderlichen Prämisse sollen aus Eisen gefertigt werden. Hoffentlich wird, wenn die Summe vom Handelsminister bewilligt wird, im Laufe dieses Sommers noch mit dem Bau der Brücke begonnen werden. — Der R. Maschinenmeister N. ist hieselbst von der R. Direction der Dirschau aufgeforscht, die Weltausstellung in Philadelphia zu besuchen, und es sind demselben Reiseentschädigung und Tagesgelder bewilligt. Vorläufig kann derselbe jedoch aus Gesundheitsrücksichten die Reise nicht antreten. (C. Z.)

Elbing, 25. Mai. Wie aus Halle a. d. S. geschildert wird, ist wider die Halle'sche Creditbank in Liquidation ein Prozeß angestrengt worden, und zwar gilt es, das Interesse festzustellen, welches das genannte Institut an dem Vertriebe der Aktien der „Westpreussischen Eisenhütten-Gesellschaft“ hatte.

In der Nähe von Rosenburg verunglückte nach der „C. Z.“ ein bei einem Bau beschäftigter Knabe, der Sohn in jener Stadt angelegener Eltern, auf tragliche Weise. Er wurde von einem der Leiter des Baues abgeschleift, um nach einem Kalkofen zu gehen. Der Ofen soll sehr schlecht bedeckt gewesen sein. Der Knabe stürzte in Folge dessen in den siedenden Kalk hinein, und das Fleisch wurde ihm buchstäblich von den Gliedern abgetrennt. Der Tod erfolgte zwar schnell, trotzdem aber muß die Qual des Verunglückten eine unagliche gewesen sein.

* Der in Gersl. Kreis Comitz, auf den 6. Juni d. J. anberaumte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt ist auf den 13. Juni d. J. verlegt worden.
** Schwet, 25. Mai. Vorgefunden fand hier der Remontemarkt statt. Es wurden 76 Pferde vorgestellt und nur 17 davon gekauft, der höchste Preis betrug 600 und der niedrigste 450 M. Man behauptet, daß im vergangenen Jahre bedeutend schönere Pferde vorgestellt worden seien. — Auch an die hiesige Lieder-tafel ist seitens des Comités des Provinzial-Sängers-festes, welches am 8., 9. und 10. Juli d. J. in Bromberg stattfinden soll, eine Einladung zur Theilnahme an demselben ergangen. In demselben Monat fällt bekanntlich das Königsberger Sängersfest, und so hat dieselbe jetzt die Wahl.

Braunsberg, 25. Mai. Bei dem schrecklichen Brandunglück im Bäder-Haus haben sich zwei Oberjäger und ein Reservejäger der hiesigen Garnison durch Rettung von Menschen aus Lebensgefahr besonders verdient gemacht. Da die Treppe zur ersten Etage schon brannte, so stiegen die Bewohner derselben an den Fenstern um Rettung. Es fehlten aber Leitern. Nach Entschließen lief der zufällig vorübergehende Oberjäger Borowski zum etwa 270 Schritte entfernten, im Abzug begriffenen Deutschen Hause, holte von da eine Leiter, kam mit derselben an die Brandstätte, als bereits starker Rauch aus den Fenstern quoll, und bewirkte nun, obgleich die Leiter nicht ganz bis an die Fenster heranreichte, mit Hilfe des hinzugekommenen Oberjägers Oppermann die Rettung von 5 Mitglie-dern der Ebert'schen Familie, die, theils durch die Fenster gezogen, die Leiter herab auf die Straße getragen wurden. Als dies geschah und andere Fensterleuten noch immer nicht herbeigekommen waren, bestieg der Reservejäger Roholl die Leiter. Kletterte mit eigener Lebensgefahr bis an die zweite Etage und rettete auf seinen Schultern den Oberstleutnant Almon. (Br. Kr.)

Königsberg, 25. Mai. Nach dem Verzeichniß der Studirenden für das Sommer-Semester 1876 befanden sich auf der hiesigen Albertus-Universität 610 Studirende. Davon zählt die theologische Facultät 44 Preußen und einen Nichtpreußen (Rußen), die juristische Facultät 180 Preußen und 2 Nichtpreußen (Rußen), die medicinische Facultät 108 Preußen und 31 Nichtpreußen (darunter 29 Rußen und zwei aus den Reichsländern),

die philosophische Facultät 238 Preußen und 6 Nichtpreußen (4 aus den Reichsländern, einen aus Amerika, derselbe studirt Philosophie, Biologie und Geschichte, und einen Rußen, welcher Mathematik und Naturwissenschaften studirt). Inmatriculirte Preußen befanden sich 530 aus Provinz Preußen, 4 aus Brandenburg, 14 aus Pommern, 12 aus Posen, 4 aus Schlesien, 2 aus Sachsen, je 1 aus Westfalen und Hessen-Nassau und 2 aus der Rheinprovinz hier. Außer den inmatriculirten Studirenden besucht die Universität, als nur zum Hören der Vorlesungen berechtigt, mit specieller Genehmigung des jetzigen Prorectors, eine Person.

Aus Soldau schreibt man dem „Brandenburger Gef.“: Einer unserer tüchtigsten Landwirthe versicherte uns, während seiner 13-jährigen Wirksamkeit auf seiner Besitzung einen so dürftigen Saatenstand wie gegenwärtig kaum gehabt zu haben. Der Klee ist stellenweise, namentlich auf Boden mit kaltem Untergrund, fast spurlos verschwunden. Die mährischen Kornfamilien lassen unter solchen Umständen in diesem Jahre einen Ueberschuß für die Ausfuhr nicht erwarten. Es kann daher auch nicht befremden, daß die Preise für Roggen und damit in Verbindung die Spirituspreise in letzter Zeit erheblich gestiegen sind. Für guten Roggen zahlt man hier 6 M. 25 S. 7/8 Schfl. Die Kartoffeln, welche man unlängst für 1 M. 40 S. kaufte, werden jetzt von Ostroder Aufkäufern mit 2 M. 7/8 Schfl. bezahlt.

—ck-**Wrobrungen, 26. Mai.** Auf dem am 31. d. hier tagenden Kreistage bilden 14 Vorlagen die Tagesordnung, von welchen wir die wichtigsten näher beleuchten möchten. 1) Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung ländlicher Fortbildungsschulen. Der Kreisausschuß schlägt dem Kreistag vor, den Versuch zu machen, drei solcher Fortbildungsschulen im hiesigen Kreise etwa in Weinsdorf, Ederörsdorf und Berogswalde einzurichten und dem Kreisausschuß eine Subvention für diese Schulen von 300 M. zur Disposition zu stellen. 2) Antrag des Kreises Br. Holland wegen Herstellung eines Anschlusses an die projectirte Chaussee von Br. Holland nach der Canalablage bei Schönfeld. 3) Erhöhung der Meißelgelber für die Impfarzte von 2,25 auf 3 M. — Prof. Haffert's Vorträge haben auch hier großen Beifall gefunden.

Bromberg, 26. Mai. In der jüngst stattgehabten Generalversammlung des Vorwärtsvereins ist, nach der „B. Z.“, der Director des Vereins, Kaufmann Stöcker, seines Amtes entbunden worden. Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung sollen dieses energische Vorgehen veranlaßt haben.

Vermischtes.
* Die am 27. Mai ausgegebene No. 22 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Die Formulierung des Eides in der Reichs-Justizcommission. Von Theobald Ziegler. — Gischschiffahrt. Von Julius Beyer. — Literatur und Kunst: Die Leistungen des königlichen Schauspielhauses unter der Verwaltung des Herrn v. Hülsen. Von Paul Lindau. IV. — VI. — Aus der Hauptstadt: Dramatische Aufführungen. Gastspiel der Meininger. Der Erbfürst von Otto Ludwig. — Wilhelm Tell von Schiller. Besprochen von P. L. — Aus dem Verein Berliner Künstler. Von D. v. Leirner. — Notizen. Offene Briefe und Antworten: Ein Leipziger Professor und die „Geschichte des Dramas“. Von J. L. Klein.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Platzes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 26. Mai. [Productenmarkt.]
Weizen loco höher, auf Termine animirt. — Roggen loco fest, auf Termine animirt. — Weizen 7/8 Mai 126 1/2 1000 Kilo 226 Br., 224 Gd., 7/8 Juli-August 126 1/2 220 Br., 219 Gd., — Roggen 7/8 Mai 1000 Kilo 163 Br., 162 Gd., 7/8 Juli-August 163 Br., 162 Gd., — Hafer rubig. — Gerste fest. — Rüböl fest, loco 65 1/4, 7/8 Mai 65, 7/8 Octbr. 7/8 200 1/2 65. — Spiritus fest, 7/8 100 Liter 100 1/2, 7/8 Mai 35 1/4, 7/8 Juni 36, 7/8 Juli-August 37, 7/8 September-October 38 1/2. — Kaffee rubig, Umsatz 2000 Cdt. — Petroleum fest, Standard white loco 12,30 Br., 12,20 Gd., 7/8 Mai 12,20 Gd., 7/8 August-Dezbr. 12,60 Gd. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Danziger Börse.
Amtliche Notirungen am 27. Mai.
Weizen loco höher, 7/8 Tonne von 2000 1/2 feingelagert u. weiß 130-135 1/2 218-230 M. Br. hochbunt . . . 128-132 1/2 215-220 M. Br. hellbunt . . . 125-131 1/2 212-220 M. Br. 196-225 bunt . . . 124-128 1/2 204-210 M. Br. a. bez. roth . . . 128-132 1/2 202-204 M. Br. ordinar . . . 113-125 1/2 185-198 M. Br.

Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 213 M. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7/8 Juni-Juli 214 M. Br., 212 M. Gd., 7/8 August-Sept. 217 M. bez., 7/8 Sept.-October 217 M. Br., 215 M. Gd.

Roggen loco theurer, 7/8 Tonne von 2000 1/2 160 M. 7/8 120 1/2 bez. Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 158 M. Auf Lieferung 7/8 Sept.-October 165 M. bez., 167 M. Br.

Rübsen loco 7/8 Tonne von 2000 1/2 7/8 September-October 295 M. Br.; 292 M. Gd. Petroleum loco 7/8 100 1/2 (Original-Tara) ab Neufahrwasser 13,50 M.

Auf Lieferung 7/8 Juni 13,50 M. Steinkohlen 7/8 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Kabinladungen, doppelt gestrichelte Rußkoben 48-54 M., schottische Maschinenkohlen 51-52 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,43 gem., do. 3 Mon., 20,365 Br. Paris, 8 Tage, 80,95 Br. 4 1/2 1/2 Br. Consolidirte Staats-Anleihe 104,15 Gd. 3 1/2 1/2 Br. Staats-Schuldenscheine 93,90 Gd. 3 1/2 1/2 Br. Westpreussische Pfandbriefe, ritterschaftlich 84,50 Gd., 4 1/2 1/2 do. do. 95 7/8 Gd., 4 1/2 1/2 do. do. 101,75 Br., 101,50 Gd. 5 1/2 1/2 do. do. 106,45 Gd. 5 1/2 1/2 Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 1/2 1/2 Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 1/2 1/2 Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 27. Mai 1876.
Getreide-Börse. Wetter: Regen, mit nur wenig Unterbrechung. Wind: umlaufend von Nordwest nach Südwest.

Weizen loco fand am heutigen Markte recht willige Kauflust, aber vorzugsweise nur in den Mittel- und abfallenden Gattungen, welche denn auch bis 2 M. 7/8 Tonne theurer als gestern bezahlt worden sind, während die feineren Gattungen nur gestrige Preise brachten und nicht so leicht veräußert sich zeigten. Gehandelt wurden heute 1800 Tonne und ist bezahlt für granunt 120 1/2 205 M., 121 1/2 207 M., 122 1/2 208 M., 124 1/2 210 M., 210 1/2 M., 125 1/2 211 M., hellfarbig mit Auswuchs 120 1/2 202 M., gran glasig 125 1/2 127, 128 1/2 214, 215, 216 M., hellbunt 122 1/2 217 M., 128 1/2 218, 219 M., weiß 125 1/2 220 M., 127 1/2 223 M., fein hochbunt 132 1/2 225 M. 7/8 Tonne. Termine höher gehalten, Juni 213 M. Gd., Juni-Juli 214 M. bez., August-September 217 M. bez., September-October 217 M. Br., 215 M. Gd. Regulirungspreis 213 M.

Roggen loco theurer bezahlt, inländischer 127 1/2 ist mit 167 M., polnischer 128 1/2 mit 163 M. 7/8 Tonne bezahlt. Umsatz 220 Tonne. Termine theurer, September-October 165 M. bezahlt. Regulirungspreis 159 M. Rübsen Termine September-October 295 M. Br., 292 M. Gd. — Spiritus loco brachte 51 M. Termine Juli-August 52 1/2 M. Br.

Danzig, den 26. Mai 1876.
[Wochenbericht.] Das Wetter hat sich in dieser Woche günstiger gestaltet; Wärme und erhöhter anhaltender Regen sind den jungen Saaten von außerordentlichem Vortheil gewesen und dürften die Klagen über den Stand derselben etwas nachlassen. — Unter die wöchentlichen Weizenmärkte hing ganz von Berichten der auswärtigen Märkte und den im Auslande abgeschlossenen Verträgen ab. — Von Belgien hatte die Nachfrage nachgelassen und verlief unter Markt bis Mittwoch in recht stiller Stimmung bei einem Umsatz von nur 540 Tonne. — Heute zeigte sich allgemeinere Unternehmungslust, gestützt auf günstigere Nachrichten von England, und sind 660 Tonne umgelegt worden. — Preise zu Anfang der Woche gedrückt, sind heute als unverändert gegen den vorwöchentlichen Stand zu bezeichnen. — Bezahlt wurde: hellfarbig 123 1/2 207 M., hell 126 7/8, 128 1/2 214, 215 M., hellbunt 128 1/2, 130 1/2 218, 220 M., hochbunt und glasig 131 1/2 220 M., fein glasig 135 1/2 230 M., alt hell und hellbunt 132, 133 1/2 220, 225 M. Regulirungspreis 126 1/2 bunt 212, 211, 210, 211 M. Auf Lieferung 7/8 Mai, Juni-Juni 210 M. bez., 7/8 Juni-Juli 210, 210 1/2, 211 M. bez., 7/8 Juli-August 213 M. Br., 7/8 September-October 214 M. bez. und Gd.

Roggen war für die eigene Provinz und Consumption sehr begehrt und haben Preise bei einem Umsatze von ca. 500 Tonne eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. — Bezahlt wurde am Mittwoch: inländischer 125 1/2 163 M., alter polnischer 125 1/2 161 1/2 M., heute 121 1/2 159 M. Regulirungspreis 120 M. lieferbar 154, 155, 156 M. Auf Lieferung September-October 160 M. bez. 165 M. Br. Juni-Juli 160 M. Br. Kleine Gerste 106 1/2 168 M. bez., Rübsen per September-October 290 M. bez. 295 M. Br. 290 M. Gd. Von den während der Woche eingetroffenen ca. 40.000 Liter Spiritus wurden 15.000 Liter nach Königsberg übergeben, der Rest zu theils unbefragt geliebtem Preise und zu 51 M. per 100 Liter a 100 % verkauft. Auf Lieferung pro Mai-Juni 51 M. bez., pr. Juli-August 52 1/2 M. Br.

Schiffs-Listen.
Neufahrwasser, 26. Mai. Wind: NW.
Angekommen: Heinrich, Ressel, Ofesen, Ballast. Fortuna (S.D.), Peterfen, Kiel, leer. — Bomerania, Krause, Hartlepool, Kobl. — Sirene, Borgwardt, Copenhagen, Thran. — Hoffnung, Wallis, Newcastle, Kobl.

Gefegelt: Commissariat (S.D.), Cartwright, Riga, leer. — Garrison (S.D.), Watson, Riga, leer. — Hazard, Romin, Kullen, Kobl.

27. Mai. Wind: WSW.

Ankommen: 1 Schooner.

Thorn, 26. Mai. Wasserstand: 5 Fuß 3 Zoll.

Wind: W. Wetter: freundlich.

Stromauf:

Von Danzig nach Barisan: Kühne, Großmann u. Reisser, doppelt kohlensaures Natron, Mühlsteintheile. — Schmidt, Haurwitz u. Co., Dauben u. Jd., Asphaltaspe, Salzsäure, Kobl.

Von Giftrin und Danzig nach Warschau: Klepsh, Schönebeck, Dauben u. Jd., Seegrass, Chamotte, Salzsäure, Kobl.

Von Magdeburg nach Niesawa: Heppel, Liepert, Eichorienwurzeln. — Gundlach, Liepert, Eichorienwurzeln.

Von Stettin nach Warschau: Hoffert, Stettiner Chamottfabrik Actien-Gesellschaft, Actien-Gesellschaft der chemischen Productenfabrik Pommersdorf, Verz., Chamotttheile, Salzsäure, Wagenfett. — Meyerhoff, Stettiner Portland-Cementfabrik, Stettiner Chamottfabrik Actien-Gesellschaft, Gutschmidt u. Schübert, Elkan u. Co., Gade, Cement, Chamotttheile, Wagenfett, calc. Soda, Schwefelblume, caust. Soda.

Von Stettin nach Wloclawek: Wolff, Stettiner Portland-Cementfabrik, Actien-Gesellschaft der chemischen Productenfabrik Pommersdorf, Cement, Salzsäure. — Schulz, Fabrik Pommersdorf, Cement, Salzsäure.

Stromab:

Stach, Hildebrand, Proslun, Danzig, 1 Kahn, 7677 St. Fagholz.

Zeit, Leminski, Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 2078 St. Weizen.

Frühlich, Basse, Ribit, Graudenz, 1 Kahn, 1000 St. Steine.

Gotschikowski, Hecht, Bobrownik, Graudenz, 1 Kahn, 1900 St. Steine.

Paulus, Hecht, Bobrownik, Graudenz, 1 Kahn, 1700 St. Steine.

Kurth, Schröder u. Co., Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 2149 St. 97 1/2 Melfasse.

Kurth jun., Schröder u. Co., Wloclawek, Danzig, 1 Kahn, 2166 St. 9 1/2 Melfasse.

Sandau, Glas, Niesawa, Graudenz, 1 Kahn, 2051 St. Roggen.

Frede, Kleinmann, Wyszogrod, Danzig, 1 Kahn, 1778 St. 40 1/2 Weizen.

Vanbauer, Muß, Woll, Schulz, 5 Trasten, 1562 St. Balken w. S.

Lüdtke, Kalischer, Radzin, Dirschau, 10 Galler, 1001 1/2 Cubitn. Brennholz.

Goldmann, Rubinstein, Drogogin, Danzig, 6 Trasten, 2764 St. Balken w. S.

Silbermann, Nordwind, Pulaw, Danzig, 3 Trasten, 1122 St. Balken w. S.

Friedmann, Donn, Chudnie, Gliczen, 8 Trasten, 2820 St. Balken w. S.

Kühl, Müller, Rosnadow, Schulz, 3 Trasten, 1115 St. Balken w. S., 149 St. Eisenbahnschwellen.

Chmielenski, Adler, Wlanow, Mewe, 1 Trast, 1600 St. Mauerlatten.

Barnas, Moskewicz, Brisch, Thorn, 4 Trasten, 804 St. Eisenbahnschwellen, 800 St. Mauerlatten.

Meteorologische Beobachtungen.

| Ma- | Ther- | Thermometer | Wind und Wetter. |
|---------|----------|-------------|---------------------------------|
| th | mo- | im Freien. | |
| meter | Stand in | | |
| in Par. | Linien | | |
| 25 | 4 | 331,00 | + 10,3 WNW., heftig, hell, bew. |
| 27 | 8 | 331,34 | + 5,2 WNW., mäßig, Reg., Hagel. |
| 12 | 31 | 331,31 | + 6,1 NW., mäßig, Regen. |

Das Bedürfnis des gebildeten Publikums nach guter belletristischer Lectüre suchen jetzt auch die täglich erscheinenden Zeitungen in mehr oder minder vollkommener Weise zu befriedigen. So bringt beispielsweise das „Berliner Tageblatt“ neben seinem sonstigen reichen Inhalt von Mitte Juni ab im täglichen Feuilleton die neueste Schöpfung des gefeierten Romanbilders **Epistelhaugen**: einen dreibändigen Roman unter dem Titel „Sturmfluth“, welcher sicherlich, wie alle bisherigen Werke dieses Autors, Gemeingut des deutschen Volkes werden wird. — Den mit dem 1. Juni neu hinzutretenden Abonnenten wird somit Gelegenheit geboten, diesen hochinteressanten Roman von Anfang an lesen zu können. — Alle Reichspost-Anstalten nehmen Monats-Abonnements pro Juni zum Preise von 1 M. 75 S. auf das „Berliner Tageblatt“ mit seinen Beigaben: „Berliner Sonntagsblatt“ und der illustrierten humoristischen Wochenchrift „ULK“ täglich entgegen.

Freiwillige Gemeldete.
Sonntag, den 28. Mai, Vorm. 10 Uhr,
Predigt: Hr. Prediger Köhner.
Heute wurde meine liebe Frau Anna,
geb. Barch, von einem kräftigen Jungen
glücklich entbunden.
Königsberg in Pr., 26. Mai 1876.
D. Schönbals,
Stadt-Hauptkassen-Buchhalter.
Heute früh 5 Uhr wurde meine liebe Frau
von einem kräftigen Knaben glücklich
entbunden.
Stäbblau, den 25. Mai 1876.
2974) **Neumann.**
Heute früh 7 Uhr starb nach längerem
Leiden mein lieber Mann, unser Vater,
Bruder, Schwager und Onkel der Guts-
besitzer
Georg Blumhoff
in seinem noch nicht vollendeten 41. Lebens-
jahre. Dieses zeigen wir tief betrübt an.
Nach Piniwo, den 26. Mai 1876.
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den
31. Mai, Morgens 9 Uhr, vom Trauer-
hause aus statt. (2976)
Seebad Zoppot.
Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich
am hiesigen Orte Sommerwohnungen für
Badegäste nachweise und zu diesem Zwecke
bei Ankunft der entsprechenden Büge auf
dem Bahnhofe anzutreffen bin.
G. Bauer.
Bade-Kommissionair.
Nord- u. Berger-Strassen-Ecke.

Seebad Zoppot.
Unterzeichneter beehrt sich, den
verehrten Herrschaften ergebenst an-
zuzeigen, daß er für die diesjährige
Saison den Kurfaal übernommen
und eröffnet habe.
C. Nürnberg.

Von Montag, den 29. Mai
c., ab befindet sich das
Comtoir des Vereins zur Ver-
sicherung wider Stromgefahr
zu Danzig, im Hause Hunde-
gasse No. 70.
Schirmacher.

**Vourla Elome Rosinen,
Cephalonia u. Zante
Corinthen** offerirt billigst
Carl Treitschke.
Comptoir: Milohkannengasse 18,
Danzig.

Ein vorzügliches, gut erhaltenes
Pianino ist für 450 Mark Pfeiffer-
stadt No. 42, 1 Tr. hoch, veräußlich.

Unter Garantie
des Sutffens empfiehlt zu unbe-
dingt billigsten Preisen
Überhemden,
Nachthemden, Chemisets,
Kragen, Manschetten, Unter-
kleider, Schlipse und Cravetten
Adalbert Karau,
35 Wäsche-Fabrik, 35.
Langgasse

Eisenbahnschienen
zu Bauzwecken in beliebigen Längen
offerirt zum billigsten Preise
S. A. Hoch,
3718) Johannisgasse 29

Ein feiner Berliner
Halbwagen
und ein offener Wagen zur
Tagg, letzterer für einen Gutsbesitzer
sehr geeignet, billig zu verkaufen
Langgasse 28.

**Frischen amerik. Pferde-
zahn-Saatmais** offerire
3008) **F. E. Grothe.**


8 junge, starke Ochsen,
7 Jahre alt, halbfett, stehen zum Verkauf.
Näheres in der Exp. d. Bta. (2953)


**100 Rammwoll-Mutter-
schafe**, 2 und 3 Jahre alt, mit Päm-
mern, stehen preiswürdig zum
Verkauf. Näb. in der Exp. d. Bta. (2954)
Eine ältere Deutsche F. u. R. Ver-
f. Ges. sucht für Danzig
nach einige
tüchtige Agenten
bei 15% Provision. Gef. Abr. beliebe
man in der Exp. dieser Bta. unter 2638
einzureichen.

NB. Jede echte Loewe-Maschine trägt das nachstehende Fabrikzeichen auf der Grundplatte und unsere volle Firma auf den
Deckelhebern der Nähmaschinen.

Loewe-Maschine.
Beste und neueste Doppelstapf-
Nähmaschine mit Schützen
für Familien und
Gewerbtreibende.
Anerkannt bestes Fabrikat.
Die Loewe-Nähmaschine ist die einzige aus dem deutschen Reich, welche auf der
Wiener Weltausstellung mit der
Fortschritts-Medaille,
dem höchsten Preise für Nähmaschinen, prämiert
worden.


Ludw. Loewe & Co.
Commandit-Gesellschaft auf Aktien
für Fabrikation von Nähmaschinen.


Victor Lietzau,
Brodanken- und Pfaffengassen-Ecke 42 in Danzig.

Große Niederlage von:
Deutschen neuen Singer-Nähmaschinen mit Nadauslösung,
amerikanischen Original-Singer-Nähmaschinen,
Wheeler & Wilson-Nähmaschinen,
Victoria-, Singer- und Silencia-Handnähmaschinen,
Säulen-, Cylinder-, Circulair-, Singer-Medium-Nähmaschinen,
Nähmaschinenzwirn, Nähmaschinenöl und Nähmaschinen-Nadeln.
Bei ausreichender Sicherheit werden die weitgehendsten Zahlungs-
erleichterungen gewährt, so daß ein Jeder in den
Stand gesetzt wird, sich eine wirklich gute und zweckentsprechende Nähmaschine für einen billigen Preis zu beschaffen.

Tapeten,
von den einfachsten bis zu den feinsten Golddecorationen, Velours
und Holz, empfiehlt in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen
Otto Klewitz, vorm. Carl Heydemann,
Langgasse No. 53.
NB. Einige Partien noch vorjähriger Tapeten bedeutend unterm
Kostenpreise.

Von heute ab werden jede Aufträge auf
Nürnberger Bier in Flaschen
entgegen genommen und schnell ausgeführt.
E. G. Engel,
Echt Nürnberger Bier-Export-Geschäft
„Zum Lustdichten“.

Rouleaux in allen Breiten und schönsten Dessins,
Holz-Fensterrouleaux,
imitirte Smyrnaer Teppiche, amerik. Bettvor-
lagen, pro Stück
F. Niese Nachfolger,
Ad. Lebeus, Gustav Küster.
Einige Partien von **Tapeten** des übernommenen Lagers verkaufen
um zu räumen zu außerbilligsten Preisen.

Die neue Puz- und Mode-Handlung
von **M. Reeps**
empfiehlt zum Feste eine besonders reiche Auswahl in garnirten Stühlen zu reellen
und billigsten Preisen.

Nutzholz-Auction
am Leegenthor.
Montag, den 29. Mai 1876, Vormittags 10 Uhr, werde ich auf dem
Holzfelde des Herrn Max v. Bühren unmittelbar dicht an der Schneidemühle für
Rechnung wen es angeht, an den Meistbietenden in kleinen Partien verkaufen:
ca. 60.000 Fuß 1" Schälbohlen 9 bis 20 Zoll breit und bis 40' lang,
10.000 Fuß 1 1/2" Dielen,
10.000 Fuß Kreuzbohlen in Längen bis 40' und diverse Latten,
2000 Kubitus eichene Dielen, Bohlen und Kanthölzer von 1, 1 1/2,
1 3/4, 2, 2 1/2, 3, 4 und 5 Zoll Stärke, in verschiedenen Längen
und Breiten.
Ferner 2 brauchbare kleine Präbme zu 4 resp. 3 Faden Splitholz.
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.
Unbekannte zahlen sofort.
Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.
Bureau: Hundegasse No. 111.

Nutzholz-Auction
am Olivaerthor, Ecke der Neufahrwasserstraße
und der Allee.
Donnerstag, den 1. Juni 1876, Vorm. 10 Uhr,
werde ich auf dem Holzfelde des oben angeführten Ortes, wegen Räumung, an den
Meistbietenden verkaufen:
**60.000 Fuß 1 1/2 Zoll tannene Dielen von 10-15 Zoll breit,
40 Fuß lang,
4000 Fuß 3 Zoll. fichtene Bohlen,
3000 Fuß 2 1/2 Zoll. fichtene Bohlen,
4000 Fuß 3 Zoll. tannene Bohlen,
350 Stück 1/2 Zoll. und 3/4 Zoll. fichtene und
tannene Kreuzbohlen,
10 Schock 2-3 Zoll. Sleeper-Bohlen u. Schaaßen.
Ferner ein Quantum fichtene Mauerlatten u. Halbhölzer.**
Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction
anzeigen. Unbekannte zahlen sofort.
Joh. Jac. Wagner Sohn,
Auctionator. Bureau: Hundegasse 111.

Von Montag, den 29. d. M.
ab, sind für miltliche Biere
meiner Brauerei in meiner Com-
mandite Zoppot (Victoria-
Hotel) in Gebinden u. Flaschen
zu haben.
P. F. Eissenhardt,
Pfeifferstadt 46.

Seebad Westerplatte.
Sonntag, den 28. Mai:
CONCERT
vom Musf.-Corps des 1. Leib-Gusar-
Regiments No. 1.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 J.
2013) **F. Koll.**

Schweizer-Garten.
Sonntag, den 28. Mai:
Großes Früh-Concert.
Actien-Brauerei Kl. Hammer.
Sonntag, den 28. Mai:
Großes
Militair-Concert,
ausgeführt von der Königl. Kapelle des
4. Ostr. Grenad.-Reg. No. 5.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 J. Kinder 10 J.
Pousso partouts und Famili-nbiletts für
die ganze Saison sind an der Kasse zu
haben.
Die Concerte finden regelmäßig Sonn-
tags, Mittwochs und Freitags statt.
E. Killian,
Musikmeister im Königl. 4. Ostr.
1711) Grenad.-Reg. No. 5.

Mein
Garten-Restaurant
zur
halben Allee
empfehle ich dem verehrten Publikum ganz
ergebenst.
Danziger Actien-Bier
vom Eis, sowie
sämmliche fremden Biere
in vorzüglicher Qualität.
Carl Kochanski.

Röll's Kaffeehaus
(Olivaerthor).
Morgen Sonntag, den 28. Mai:
Echt Nürnberger Bier
aus dem Lustdichten von E. G. Engel,
Ere derinsl. (2987)

Weiss's und Schröder's
Gärten am Olivaer Thor.
Montag, den 29. Mai.
Großes
Militair-Concert
ausgeführt von der Königl. Kapelle des 4.
Ostr. Grenad.-Reg. No. 5.
Anfang 5 Uhr. Entree 10 J.
Die Concerte finden regelmäßig jeden
Montag und Donnerstag statt.
990) **L. Killian.**

**Friedrich-Wilhelm-
Schützenhaus.**
Von Sonntag, den 28. Mai cr.
täglich großes
Garten-Concert,
ausgeführt von der Capelle des Königl.
Ostr. Füßler-Regiments No. 33.
Entree à Person 10 J.
Kasseneröffnung 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.
9288) **H. Landenbach.**

Selonke's Theater.
Sonntag, den 28. Mai, Nachmittags
von 4 bis 6 Uhr:
Großes Garten-Concert.
Von 6 Uhr ab Theater-Vorstellung
im Saale.
Aufreten der Solo-Angstianen Ge-
schwister Poplowska. Gastspiel des
Hrn. und der Frau Regendank.
U. A.: Die Dienstboten. Lustspiel. Eine
une-laubte Liebe. Pöffe. Eine unter-
brochene Theaterprobe. Pöffe mit Ge-
sang. 34ig Hirsch in der Tanzstunde.
Solo-Angstianen mit Gesang, ausgeführt von Hrn.
Regendank.
NB. Für das Garten-Concert von 4 bis
6 Uhr wird kein Entree erhoben.

**Danziger
Privat-Actien-Bank.**
Die Bank nimmt Gelder zur Verzinsung
unter folgenden Bedingungen an:
1) mit dem Vorbehalte einer zweimonat-
lichen Kündigung auf Conto La. D.
zu 3 Procent,
2) mit einer festen dreimonatlichen Kün-
digung auf Conto La. D. zu 1 Pro-
cent unter dem jedesmaligen Bank-
Disconto, jedoch höchstens 5 Procent,
mindestens 3 1/2 Procent.
Di- Direction.
1935) **Gelegenheitsgedichte jeder Art fertigt
Agnes Dantler, Wme. 3. Donn 18.**

Wagner Schuh-Waaren
W. STICHERN
Langenmarkt.
Verantwortlicher Redacteur: H. Ködner.
Druck und Verlag von A. B. Kefemann
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Turn- u. Sport-Verein
Der Verein wird Sonntag den 28. cr.,
das Stiftungsfest durch eine Turnfahrt
nach Heubude feiern. Abmarsch um 2 Uhr
Nachmittags von Langgarten. Um zahlreiche
Betheiligung wird gebeten.
Der Vorstand.
NB. Der Saal im Speichers Local
ist uns für den ganzen Tag zur Verfügung
gestellt.
Kaufmännischer Verein.
Mittwoch, den 31. Mai: Gesellschafts-
Abend.
Donnerstag, den 1. Juni: Bücherwechsel
im Winter-local 8-9 Uhr Abends.
Sonntag, den 11. Juni: Spaziergang
mit Familie über Bi-gendorf und
Mattemblewo nach Oliva.
Das Abonnement auf die „Kaufmännische
Correspondenz“ zu bedeutend ermäßigten
Preisen falls 100 Exemplare bezogen werden,
wird den Mitgliedern empfohlen und nimmt
Anmeldung dazu der Vot-sigende entgegen.
Der Vorstand.

Wagner Schuh-Waaren
W. STICHERN
Langenmarkt.
Verantwortlicher Redacteur: H. Ködner.
Druck und Verlag von A. B. Kefemann
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

| | | | |
|----------------------------------|-------|---------------------------|----------|
| 12c. Commu- n. - G. S. 110,75 | 7 | Berg u. Sitten-Gesellsch. | 1874 |
| mt. Handels- G. 11,25 | 0 | Wirt. Union Bd. | 6,25 0 |
| Ernigl. G. 36,50 | 5 1/4 | Königs- u. Landw. | 58,80 10 |
| Ernigl. G. 81,75 | 3 | Steinberg, Einl. | 22 1 1/2 |
| Ernigl. G. 78,50 | 3 | do. St. G. | 85 6 1/8 |
| Ernigl. G. 126,75 | 6 3/4 | Histor. G. | 29 8 |
| Ernigl. G. 224 | 5 | | |
| Ernigl. G. 97,50 | 8 | | |
| Ernigl. G. 117,80 | 9 1/4 | | |
| Ernigl. G. 52 | 0 | | |
| Ernigl. G. 125,80 | 9 1/4 | | |
| Ernigl. G. 68 | 5 1/2 | | |
| Ernigl. G. 83,50 | 6 | | |
| Ernigl. G. 86,80 | 0 | | |
| Ernigl. G. 62,50 | 55 | | |
| Ernigl. G. 24,50 | 1 | | |
| Ernigl. G. 45 | 0 | | |
| Ernigl. G. 37,50 | 3 | | |
| Ernigl. G. 49,50 | 0 | | |
| Ernigl. G. 14,50 | 0 | | |
| Ernigl. G. 69,90 | 4 | | |
| Ernigl. G. 76 | 7 | | |
| Ernigl. G. 16,50 | 0 | | |
| Ernigl. G. 6,50 | 0 | | |
| Ernigl. G. 10,50 | 0 | | |
| Ernigl. G. 17 | 5 1/4 | | |
| Ernigl. G. 2,90 | 0 | | |
| Ernigl. G. 36 | 0 | | |
| Ernigl. G. — | 0 | | |
| Ernigl. G. 20 | 0 | | |
| Ernigl. G. 28 | 0 | | |

Aufgebot.

In dem Grundbuche des dem Fischer Simon Bernus und dessen Ehefrau Florentine geb. Krause vermittelten Pächter gehörigen Grundstücks Neufahr No. 25 des Grundbuchs stehen in Abtheilung III unter No. 1 gemäß Verfügung vom 4. Januar 1839 eingetragen:

250 Gulden Danziger Courant aus der Obligation vom 18. Juni 1799 für den Eigenthümer Johann Lab-dach zu 4% verzinlich und gegen halbjähr. Aufkündigung rückzahlbar.

Die der Person oder dem Aufenthalte nach unbekannten Rechtsnachfolger des verstorbenen eingetragenen Gläubigers werden hierdurch öffentlich zu dem

am 12. September 1876,

Mittags 12 Uhr,

vor dem Herrn Stadt- und Kreisgerichts-Rath Assmann (Berch-Zimmer No. 14) anstehenden Termine unter der Verwarnung geladen, daß die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen auf die Pacht ausgeschlossen und die Pacht im Grundbuch gelöscht werden werde.

Danzig, den 15. Mai 1876.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
2914) 1. Abtheilung.

In dem Concurrenz über den Nachlaß des Kaufmanns E. C. Schmaas hier werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concurrenzgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum

26. Juni cr.,

einreichlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf den

10. Juli cr.,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Commisarius Herrn Kreis-Richter Citron im Verhandlungszimmer No. 1 zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird gerechtfertigt mit der Verhandlung über den Nachlaß verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten stellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwalte Neubauer hier, Sol-deregger, Heyde und Rosenheim in Pr. Sta. gerät zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Verant. den 22. Mai 1876.

Königl. Kreisgerichts-Deputation.

Nothwendige Subhaftation.

Das früher dem Besitzer Eduard Weiss gehörig gewesene, jetzt dem Gast-wirth Wilhelm Andres zu Alt-Ruppin gehörige in Groß-Balluhn belegene, im Grundbuche von Groß-Balluhn Bd. I. Blatt No. 12 verzeichnete Bauerngrund-stück soll

am 1. Juli 1876,

Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichtszimmer No. 1, im Wege der zwangsweisen Subhaftation ver-
steigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 4. Juli cr.,

Vormittags 9 Uhr,

in unserm Gerichtszimmer No. 1 verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 18 Hektar 55 Acre 70 □ Meter, der Reinertrag, nach welchem das Grund-stück zur Grundsteuer veranlagt worden: 3169/100 R.; Nutzungswerth, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 75 M.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes können in unserm Geschäftslocale Bureau III, in den Vormitagsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch be-dürftige, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Pr. Stargardt, den 24. März 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter. (2977)

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 20. Mai c. ist am 23. d. d. die unter der gemeinschaftlichen Firma:

A. Biber & Co.

seit dem 9. Mai d. J. aus den Kaufleuten

1. Abraham Biber,

2. Moritz Birsberg,

bestehende Handelsgesellschaft in das diesseitige Handels-Gesellschafts-Register unter No. 18 ein-
getragen mit dem Bemerkten, daß dieselbe in
Neue ihren Sitz hat und daß die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft ausschließlich dem Kaufmann Abraham Biber zugeht.

Marienthor, 23. Mai 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In diesseitigen Commissions-Bezirk sind mehrere Personen die Bau-Han-d-
werker sind, oder eine Gewerbeschule besucht haben, Befähigung als Bahnmeister-Aspi-ranten. Qualifizierte Bewerber, welche das
diesjährige Lebensjahr noch nicht überschritten haben, wollen ihre Meldungen an uns
richten.

An täglichen Daten werden, je nach dem

Ausbildungs-Grade 2-3 M. bewilligt.

Bromberg, den 24. Mai 1876.

Eisenbahn-Commission.



The Singer Manufacturing Co., NEW-YORK.

Älteste und größte Nähmaschinenfabrik der Welt.

Die noch von keiner Nachahmung erreichten Original-Nähmaschinen der Singer-Manufakt. Co., New-York, zeichnen sich vor allen anderen Systemen durch einfache, dauerhafte Construction, vielseitige Leistungsfähigkeit und leichte Handhabung aus. Da sie nicht mit gebogener Nadel und runder Spule, die unten keine Spannung zuläßt, arbeiten, sondern mit gerader Nadel und einem Schiffehen, dem jede beliebige Spannung zu geben ist, sind Singer's Maschinen hierdurch, sowie durch verschiedene andere vortheilhafte Einrich-tungen nicht nur im Stande, leichtere und schwerere Stoffe zu nähen als jene, sondern arbeiten auch gleich gut mit jedem beliebigen seidenen, baumwollenen oder leinenen Faden, und sind deshalb die praktischsten und besten Maschinen für den

Familiengebrauch, Weißnäherei und alle gewerblichen Zwecke.

G. Meidlinger Langgasse 44, vis a vis d. Rathhause.

Alte oder nicht zweckentsprechende Maschinen aller Systeme werden gegen Original-Singer-Maschinen eingetauscht und in Zahlung genommen. — Auf Wunsch werden die Ori-ginal-Singer-Maschinen ohne Preiserhöhung gegen wöchentliche Abschlagszahlung von 3 M. abgegeben. (9632)

Die Militär-Schwimm-Anstalt am Langgarter Thor wird bei gütlicher Bitterung
Donnerstag, den 1. Juni
eröffnet. Alles Nähere ist in der Anstalt selbst zu erfahren. Die Direction.

Soeben traf ein;
Jubiläums-Ausgabe.
Statistische Tafel

aller
Länder der Erde.

Enthält: Größe, Regierungsform, Staatsob-
haupt, Bevölkerung, Staats-Ausgaben,
Staats-Schulden, Staats-Papiergeld,
Banknotenumlauf, stehendes Heer,
Kriegsflotte, Handelsflotte, Ein- und
Ausfuhr, Haupterzeugnisse, Münze und
deren Werth, Gewicht, Längenmaß,
Hohmaß für Weine und Getreide,
Eisenbahnen, Telegraphen, Hauptstädte
und die wichtigsten Orte mit Einwoh-
nerzahl aller Länder der Erde

von Dr. Otto Mübner zu Berlin
25. Auflage 1876. Preis 50 S.

E. Doubberok's
Buch- und Kunst-Handlung,
1. Langenmarkt 1. (2967)

Auction
zu Gmaus.

Freitag, den 2. Juni 1876,
Vormittags 10 Uhr,

werde ich zu Gmaus, auf dem Grundstück des
Kaufmanns Herrn Schimidt, wegen Umzugs
dortiger Einwohner, an den Meistbietenden
verkaufen:

3 Sophas, 2 Sophas, 1 Spieltisch, 1 Näh-
Maschine, 2 andere Tische, 1 Speisetisch
mit 7 Einlagen, 11 Mahag., 12 bürstene
Polster, 2 Korbe und andere Stühle, 1
Pfeiler, 2 Duer, 1 Toiletten- und an-
dere Spiegel, 1 Mahag. Schreibsecretair
Kleider-, Wäsche-, Büchersch., 1
Küchenschranke, bürstene, eiserne und
eiserne Bettstelle, 1 Partie Bücher, darunter
Schiller's Werke in 12 Bänden und Con-
versations-lexicon der Gegenwart etc., 2
Sak gute Betten, Kleidungsstücke, Lein-
wand, Tisch- und Bettwäsche, 1 gestr. Blumen-
2 Fensterstühle, 1 bürstetisch, Büchereigale,
Schildeisen, 1 zint. Badestuhl, 1 zint.
Wasser-Closet, 1 gestr. fl. Badewanne,
2 gr. Petroleumlampen, Gypsfiguren, 1
Decimalsaage mit Gewicht (150 Pfund),
1 Mehlmäher, 1 Paar beschlagene Eimer,
1 bür. Klavier, 1 Glasfenster, 1 Partie
Fensterläden, Fenster und Fensterläden
mit Eisenstangen, Rouleaux, eiserne, Kofen-
eimer, 1 K. umstohel, 2 Feldmesser-Signale,
1 Partie kleine Fässer, 1 Theater mit
Couleissen und Borhang, 1 K. Wendel-
treppe und div. Haus- und Küch-
geräth etc.

Fremde Gegenstände können eingebracht wer-
den. Den Zahlungs-Termin werde ich den
mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Janzen, Auctionator,

2968) Breitgasse 4.

Fetten Räucherlachs,

geräuch. Speckfunden und Bündlinge ver-
seht Brunzon's Seefisch-Handlung

Eine Partie
eigene Bratschlepper

sind zu verkaufen bei

A. W. Conwentz,

Speicher-Str. 91, Spengasse 91.

Achte imp. Havana,

ächte Cuba Sumatra

Havana empfiehlt

Leopold Tornow,

Cigarren-Handlung, Wilhelmsengasse 6.

Die Amikad a 20 R. befindet sich

wieder am Lager. Auswärtige Aufträge

werden prompt effectuirt.

Guten schweren

Futterhafer

offeriren bei Entnahme größerer Partien

billigt

H. Harms & Comp.,

Elbing.

Englisch Zinn

in Blöcken,
Blei in Mulden,

sowie
Zink in Platten

offerirt billigt die Metallschmelze

S. A. Hoch, Johannisgasse 29.

Vorzügl. Soolbadesalz

gemahlen 100 Kilogr. incl. Emballage ab

Bahn 6 M. Director des Alex. Bades

Dr. H. Bohn.

Ostseebad Brösen.

Eisenbahnstation Danzig-Kenauwasser,
Poststation Brösen per Langfuhr-Danzig.
Empfehl. zur bevorstehenden Badezeit seine neu eingerichteten warmen See-
bäder mit Douchen versehen, die auf Wunsch mit Zusätzen ärztlicher Verordnung her-
gestellt werden.
Wohnungen für Auswärtige stehen jederzeit complet bereit, wie etwa gewünschte
Stallung.
Das Etablissement ist bereits mit seinen Gartenanlagen eröffnet und empfehlen
dasselbe zur geneigten Beachtung.

W. Pistorius Erben.



Rasen-
Mähmaschinen
„New-Excelsior“

in vier verschiedenen Größen

empfehl.

E. Wagner.

Regenmäntel

in verschiedenen Gattungen und Dimensionen empfiehlt als
Vertreter der Fabrik

E. Wagner,

Vorstadt. Graben No. 31.

Erlanger Exportbier von Gebr. Reif

in Erlanger in Original-Eimern und in Flaschen empfiehlt als ganz vorzüglich
sich

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Herings-Auction.

Dienstag, den 30. Mai 1876,

Vorm. 10 Uhr, Auction im Speicher Milch-

kannengasse No. 24 mit einer Partie soeben per

Dampfer „Arthur“ eingekommener

Kaufmanns-Fettheringe KK.

u. K., sowie Schott. crownbr.

Ihlen u. holl. Heringe in 1/16 u. 1/32.

Carl Treitschke.

Wegen zu großen Vorraths von Sonnenschirmen
und En-tout-cas, sowie von Regenschirmen in
Seide u. Welle, habe ich dieselben zum Ausverkauf
gestellt. Joh. Rieser, Gr. Wollweberg. No. 3.

Strohüte, die zu den Pfingstfeiertagen in meiner
Strohhutfabrik noch gewaschen werden sollen, bitte
ergebenst bald einzuschicken.

Die größte Auswahl neuer Strohhüte in allen Ge-
flechten und Formen empfiehlt zu billigen Preisen

August Hoffmann, Heiligegeistgasse 26.

Wir sind von den Inhabern der Mejillones Guanoläger wiederholt

authorisirt, zur öffentlichen Kenntniss zu bringen, dass wir contractlich,

allein und ausschliesslich berechtigt sind, den

Mejillones Guano

in allen zum Deutschen Reiche gehörenden

Ländern, sowie Oesterreich-Ungarn,

Schweiz, Dänemark, Schweden,

Norwegen, Russland, zu importiren

und zum Verkauf zu bringen.
Hamburg, 20. Mai 1876.
Schröder, Michaelsen & Co.

Oberhemde

Ein in jeder Beziehung aufwendiges

von dauerhaftem Stoffe und mo-
dernster Ausstattung liefert preis-
werth und unter Garantie

die Wäscheabtheilung von

Kraftmeier & Lehmkühl.

Kragen, Manschetten, Cravatten

in den neuesten Facons und reicher
Auswahl.

empfehl.

Sonnen-Schirme

empfehl.

Schirm-Fabrik

von

Adalbert Karau,

35. Langgasse 35.

empfehl.

Sommer-Pferde-

Decken

empfehlen in größter Auswahl

R. Deutschendorf & Co.,

Mühlmannsasse No. 12.

Draufener Gyps- und

Dachrohr,

in jedem Quantum, ist zu haben Altkäst.

Graben No. 44.

Gustav Wernick.

Saat-Wide

und Timothee offerirt

Caspar Tietze, Kohlenmarkt 28.

Ein sehr gutes Polster-Tafel-

Piano (7 Oct.) ist billig zu ver-

kaufen oder zu vermieten 3. Stamm

No. 3, Parterre. (2854)

Engl. Porter

von Barclay, Perkins & Co.,

10 St. 3 Amt. excl. Glas,

empfehl.

Robert Krüger,

Hundegasse 34.

6 Fuß lange eigene

Zampfpfähle

sind am pommerischen Güterbahnhofe

räumungshalber billig zu verkaufen.

Näheres daselbst beim Aufseher Jar-

schmidt und Heil. Geistgasse 49, 2 Tr.

Eine geprüfte, musikalische Erziehlerin

sucht eine Stelle. Abt. werden unter

2733 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

Eine junge, gebildete Dame, welche mit

der Buchführung vertraut ist, sucht eine

angemessene Stellung. Abt. werden unter

2733 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

Einen Sohn ordentlichen Eltern sucht als

Lehrling E. Wagner,

Vorstadt. Graben 31.

Ein verheiratheter, militärfreier, tüchtiger

Landwirth mittlerer Jahre, sucht eine

selbstständige Stelle, gute Zeugnisse stehen

zur Seite, da derselbe außer Stellung ist
kann er nach Belieben eintreten. Abt. werd.
unter 2963 in der Exp. d. Btg. erb.

Eine anständige Wäffelmacherei (nicht
Kellnerin) wird gesucht durch
S. Märtens, Jospengasse 63.

Ein mit dem Expeditionsgeschäft und dem
Larfenwesen genau vertrauter Kauf-
mann wünscht die Leitung eines Expeditions-
geschäfts oder eine sonstige feinen Kennt-
nissen angemessene Stellung zu übernehmen.
Adressen unter G. K. 954 befördert die
Annoncen-Expedition von Haasensteln
& Vogler in Berlin SW. (No. 11909)

Ein unverheiratheter Gärtner mit guten
Empfehlungen findet sofort Stellung in
Gr. Thüle bei Dirschau. (2868)

Ein ehrlicher brauchbarer

Hotel-Rantcher,

womöglich Soldat gewesen, unverheirathet,
der über seine Tüchtigkeit Zeugnisse bei-
bringen kann, erhält bei gutem Lohn Stel-
lung beim Hotelbesitzer Dittmann in
Marienburg. (2722)

Es wird für ein hiesiges größeres Agentur-
u. Commissionsgeschäft ein junger Mann
als Lehrling

zum sofortigen Antritt gesucht. Selbstgesch.
Abt. w. u. 2973 in der Exp. d. Btg. erb.

Einen Lehrling

suchen wir für sogleich oder später. Jungen
Leuten mit guter Schulbildung vergüten
wir monatlich 30 M.

C. Ziemssen's Buchhdlg.
(J. Pastor.)

Damen finden für längere und kürzere
Zeit freundliche Aufnahme im
Pensionat der Frau Postdirektor Hart-
mann, Berlin, Friedrichstr. 49, 3 Tr.

Verantwortlicher Redacteur D. Köhner
Druck und Verlag von A. W. Kafemann
Danzig.